Sonntag, 2. April 1922. | Einzelnummer 15 Mark. | 61. Jahrgang. Nr. 75.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4248, 2273, 3110 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 50.—M.
Reklameteil 150.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.—M in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 20 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Reparationsnote.

Am 21. März sandte die Reparationskommission ihre Antwort auf das deutsche Stundungsgesuch ab. Danach wird von Deutschland die Zahlung von 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen gefordert. Unter Anrechnung der bereits gezahlten Raten hat Deutschland noch 438 Millionen Goldmark aufzubringen. Für die Sachleistungen wird vorgeschrieben: falls sie nicht in der geforderten Höhe infolge Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organisationen eingehen, sei der hierdurch verursachte Fehlbetrag in Goldmark zu entrichten. Sollten überhaupt Verfehlungen bei der Erfüllung der einzelnen Bedingungen festzustellen sein, so wird der Zahlungsaufschub für ungültig erklärt und es werden die Bestimmungen des Londoner Ultimatums vom Mai v. Js. wieder in Kraft gesetzt.

Weiterhin unterzieht die Reparationskommission die deutsche Finanzreform und das sogenannte Steuerkompromiß einer scharfen Kritik, „da sie weder den Verpflichtungen noch den Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands entsprächen." Die Lasten aus dem Friedensdiktat von Versailles müßten im vollen Maße in dem Reichshaushalt aufgenommen werden. Deutschland müsse die hierzu nötigen Summen auf dem Wege der Anleihen oder auf dem Wege der direkten Besteuerungen aufbringen.

Die Reichsregierung habe unverzüglich einen Zusatzsteuerentwurf auszuarbeiten und vor dem 31. Mai in Kraft zu setzen, der im Rechnungsjahre 1922 wenigstens 60 Milliarden Mark außer den sonst vorgesehenen Einnahmen erbringt. Deutschland habe ein System anzunehmen, nach dem der Belastungsschlüssel automatisch im Verhältnis der künftigen Vermehrung der deutschen Schuld an die Reichsbank oder des Sinkens der inneren Kaufkraft der Mark sich erhöht.

Die Reparationskommission fordert, daß alle gesetzgeberischen Maßnahmen auf Grund ihrer Entscheidungen ihr sofort mitgeteilt werden. Sie will durch die Garantiekommission eine Kontrolle ausüben lassen und nötigenfalls Deutschland zur Abstellung von Mängeln in einer bestimmten Frist auffordern.

Zwecks Verringerung der Reichsausgaben soll eine Revision der Ausgaben erfolgen und das Projekt einer inneren Anleihe vorgelegt werden. Deutschland hat ein Programm gegen die Kapitalflucht und über die Kontrolle der Auslandsdevisen aufzustellen.

Die Reparationskommission verlangte weitere Maßnahmen zwecks Rückführung der nach dem Auslande geschafften deutschen Kapitalien, verlangt die volle Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der Reichsregierung, verlangt die Wiederaufnahme aller wirtschaftlichen und finanziellen Vorkriegsstatistiken.

Über die Aufnahme von Anleihen im Auslande zwecks Bezahlung eines Teiles der deutschen Reparationsschulden soll der deutschen Regierung eine besondere Mitteilung noch zugehen. Von vornherein wird aber darauf hingewiesen, daß, falls diese Anleihepläne nicht zu verwirklichen sind, Deutschland Kapitalszahlungen zu bewirken hätte, „im besonderen durch eine Abgabe auf die beweglichen und unbeweglichen Sachwerte Deutschlands."

Zuerst muß festgestellt werden, daß diese Reparationsnote dem Friedensvertrage von Versailles widerspricht. Sie droht im Falle des Versagens der Aufnahme einer deutschen Anleihe im Auslande mit dem unverhüllten Eingriff in das deutsche Privateigentum. Nirgends im Versailler Frieden ist der leiseste Anhaltspunkt für solchen Zugriff gegeben.

Des weiteren widerspricht die Finanzkontrolle, die sich die Reparationskommission über Deutschland vorbehält, dem klaren Wortlaut der sogenannten Mantelnote vom 16. Januar 1919. In dieser Note, die die Bestimmungen des Versailler Friedens kommentiert, wird ausdrücklich versichert, daß Deutschlands Gegner jedes Eingriffes in die inneren Verhältnisse Deutschlands sich enthalten werden. Die vorliegende Reparationsnote mischt sich jedoch in unzweideutiger Weise in die Steuergesetzgebung ein. Ferner könnte die Reparationskommission jederzeit die einzelnen Finanzämter kontrollieren und Vorlagen aller einzelnen Unterlagen und Belege verlangen.

Die finanziellen Forderungen der Note sind unmöglich. Man bedenke, mit welcher ungeheuren Schwierigkeit jeder Berufsstand, jeder einzelne Deutsche zu kämpfen haben wird, um die jetzt gerade in zweiter Lesung angenommenen Steuern aufzubringen. Jedes Unternehmen, jeder Einzelne wird durch diese Gesetze bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit mit Steuern belastet. Nun soll darüber hinaus noch eine Zusatzbesteuerung von 60 Milliarden Mark mit automatischer Anpassung an die weitere Geldentwertung platzgreifen. Es dürfte klar sein, daß Deutschland selbst unter Anspannung aller seiner finanziellen Hilfsmittel nicht in der Lage sein wird, die nächsten vorgeschriebenen Goldzahlungen zu leisten. Wie diese Zahlungen in das deutsche wirtschaftliche Leben einschneiden und wie sie es belasten, zeigt am besten das dauernde Sinken der Mark. Auch die neueste Note hat ja wiederum vernichtend auf den Kurswert des deutschen Geldes gewirkt.

Wer an irgendwelchen Verständigungswillen Frankreichs, dem man die Hauptschuld an dieser Note zuschieben muß, geglaubt hat, wird bitter enttäuscht sein. Im Gegenteil: von der Annahme des Wilsonprogramms zum Waffenstillstand von Compiègne, von Compiègne bis zum Friedensdiktat von Versailles, von Versailles zum Abkommen von Spaa, von Spaa zum Abkommen von Brüssel, von Brüssel zum Ultimatum von London, von London zur Konferenz von Cannes! Welcher Weg!

Und jetzt soll Deutschland den neuesten, völlig ungenügenden und bedeutungslosen Zahlungsaufschub mit seiner tatsächlichen Entrechtung bezahlen. Die Reichsregierung, die bisher immer ihren Willen zur Erfüllung der ihr auferlegten Bedingungen betont hat, hat diesmal durch den Mund des Reichskanzlers deutlich ausgesprochen, daß das neueste Diktat für sie unannehmbar ist.

Die Entscheidung der Reparationskommission hat in allen Schichten des deutschen Volkes, nicht zum wenigsten auch in der deutschen Arbeiterschaft, die größte Erregung hervorgerufen, und „es gibt — um mit den Worten des „Vorwärts" zu sprechen — keinen Menschen in Deutschland, der den Zustand, wie er in dieser Note zutage tritt, volkswirtschaftlich und staatsrechtlich als erträglich betrachten könnte."

*

Das Vertrauensvotum für den deutschen Reichskanzler.

Berlin, 1. April. Im Reichstag schritt man am Donnerstag nach Schluß der Aussprache über die Regierungserklärung und nach längerer Geschäftsordnungsdebatte zur Abstimmung. Zwei Zusatzanträge zum Vertrauensvotum Marx, die in erster Linie eine klare Stellungnahme der Regierung zu den einzelnen Forderungen der Reparationskommission vermißten, und die ferner die Billigungserklärung aus dem Antrag Marx streichen wollten, wurden in namentlicher Abstimmung mit 312 gegen 60 Deutschnationale Stimmen und mit 303 gegen 60 Deutschnationale Stimmen bei 10 Enthaltungen unabhängiger Sozialdemokraten abgelehnt. Es wurde namentlich abgestimmt über das Vertrauensvotum Marx. Dieses lautet: Der Reichstag verwahrt sich gegen die in der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke angesonnene unerträglichen Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu dieser Note abgegebenen Erklärungen. Für diesen Antrag stimmten mit den Regierungsparteien auch die Deutsche Volkspartei. Dagegen stimmten die Dtsch. Nationalen und einige Kommunisten. Die anderen Kommunisten und die Unabhängigen enthielten sich der Abstimmung. Der Antrag Marx wurde mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen angenommen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Minister Skirmunt in Paris.

Paris, 31. März. Der polnische Außenminister Skirmunt hat gestern Vertreter der Pariser Presse empfangen und gewährte ihnen ein Interview. Die Pariser Abendblätter weisen ihre Leser darauf hin, mit welcher Entschiedenheit Skirmunt die russische Frage behandelt. Der Minister betonte, daß der Vertrag mit den Baltenstaaten keinen aggressiven Charakter habe. Polen hätte alles getan, um mit Rußland gute Beziehungen aufrecht zu erhalten, daß Rußland ständig irgendwelche Überraschungen bereitet. Was den Wiederaufbau Rußlands betrifft, hob der Minister die Notwendigkeit der Mitarbeit aller Staaten unter sich hervor.

Paris, 31. März. Minister Skirmunt hat den polnischen Gesandten im Haag, Wierusz-Kowalski, nach der französischen Hauptstadt berufen, um sich mit ihm über seine Londoner Reise zu verständigen.

Paris, 31. März. Am Donnerstag hatte Skirmunt eine länger Unterredung mit Marschall Foch und dem Direktor des politischen Departements des Außenministeriums, Peretti. Am Freitag trifft Minister Skirmunt mit dem Kriegsminister Maginot, dem Delegaten Frankreichs auf der Genuakonferenz, dem Justizminister Barthou, dem Präsidenten des Senats und dem französischen Delegierten beim Völkerbund, Bourgeois, zusammen. Am Sonnabend wird der polnische Außenminister mit Poincaré konferieren und am Sonntag mittag Paris verlassen, um sich nach London zu begebn.

London, 31. März. In seiner Unterredung mit dem Pariser Vertreter der Reuter-Agentur erklärte Minister Skirmunt, daß die Genua-Konferenz zeigen werde, daß die Bestrebungen Polens sich in der Richtung einer Friedenspolitik in Mitteleuropa bewegen.

Paris, 31. März. Gestern um 11 Uhr vormittags hat sich Minister Skirmunt ins Außenministerium begeben und eine längere Unterredung mit Della Rossé gehabt. Dann besuchte er den Fürsten Radziwill, den Marschall Foch und hielt eine Konferenz mit dem Botschafter Japans und dem der Tschechoslowakei ab.

Das Attentat auf Miljukow.

Berlin, 1. April. Über die Vorgänge in der Berliner Philharmonie am Dienstag abend erfährt die Telunion von einem Augenzeugen noch folgende Einzelheiten: Der Mörder Nabokows saß in der ersten Reihe der Zuhörer. Als Miljukow unter starkem Beifall die Tribüne verließ, ertönten kurz nacheinander mehrere Schüsse. Nabokow, der auf der Estrade neben der Rednertribüne saß, sprang auf und stürzte sich auf den Mörder und fiel mit ihm gemeinsam zu Boden. In diesem Augenblick erhob sich der zweite Mörder und gab eine Reihe von Schüssen ab. Nabokow wurde vom Rücken aus ins Herz getroffen und verschied bereits nach wenigen Minuten. In der allgemeinen Panik, die nun entstand, rief der zweite Mörder in den Saal, er hätte den Mord an dem russischen Zaren gerächt. Dann gelang es ihm in der Menge zu verschwinden. Der erste Mörder entging mit Mühe der Lynchjustiz. Auch der zweite Mörder wurde nach wenigen Minuten im Saal erkannt und verhaftet. Das Verhör im Polizeipräsidium zog sich bis in die Mitternacht hinein. Der erste Mörder, der Schabelski-Brosk heißt, gibt an, aus München zu dem Zwecke der Ermordung Miljukows in Berlin eingetroffen zu sein. Er gehört der Ultramonarchistischen Partei an. Der zweite Mörder Taboricki ist Mitarbeiter einer Berliner russischen Zeitung gewesen und gleichfalls aus München in Berlin eingetroffen. Beide Mörder sind ehemalige russische Offiziere. Taboricki hat sich bereits vor einigen Monaten einen Namen gemacht, als er den früheren russischen Kriegsminister Gutschkow auf dem Nollendorfplatz überfiel und mit einem Regenschirm ins Gesicht schlug. Am Attentat sind 4 weitere Personen beteiligt, denen es während der allgemeinen Panik gelang, ohne Mäntel und Hüte den Saal zu verlassen. Miljukow, der bereits vor einigen Monaten vor einem Attentat gewarnt wurde, verbrachte die Nacht am Totenbette Nabokows. Die übrigen fünf leichtverletzten Personen konnten nach Inanspruchnahme der ärztlichen Hilfe nach Hause entlassen werden.

Litauen und die Baltenstaaten-Konferenz.

Riga, 31. März. Die Haltung des Kownoer Litauens gegenüber der Baltenstaatenkonferenz wird gekennzeichnet durch eine von dem litauischen Gesandten in Riga dortigen Pressevertretern gewährte Unterredung. Zanuis erklärte, daß Litauen an der Rigaer Konferenz wegen seines Verhältnisses zu Polen nicht teilnimmt, wobei er Polen beschuldigte, daß es die Verträge nicht innehalte. Zanuis ist der Entrüstung voll, daß die Baltenstaaten an der Warschauer Konferenz teilgenommen haben, und stellt fest, daß Litauen die Beteiligung Lettlands an dem Warschauer Vertrag, obwohl der Vertreter Litauens nicht zugegen war, als Wechsel in der Stellungnahme Lettlands gegenüber Polen betrachtet. Dasselbe betrifft auch Estland und Finnland. Die litauische Regierung ist sehr entrüstet über die Politik der Baltenstaaten im Zusammenhang mit dem in Warschau abgeschlossenen Vertrag und wartet mit Spannung, ob die lettische Öffentlichkeit die Isolierung Litauens, die keineswegs im Interesse Lettlands liegt, gutheißt. Dann betonte Zanuis, daß die Warschauer Konferenz gegen Litauen gerichtet war und damit auch die Haltung der Baltenstaaten. Litauen wird niemals die Annexion Wilnas durch Polen anerkennen, auch wenn von außen Versuche der Einwirkung in dieser Richtung gemacht werden sollten.

Das Ergebnis der Rigaer Baltenstaaten-Konferenz.

Riga, 31. März. Die Delegierten der Regierungen Estlands, Polens, Lettlands und der Sowjetrepublik haben auf der Rigaer Konferenz, die am 29. und 30. März d. Js. stattfand, folgendes Protokoll unterschrieben: Nach Empfang von Fragen, die 1. wirtschaftlichen Wiederaufbau von Osteuropa, 2. die Wiederherstellung von Handelsbeziehungen zwischen den auf der Konferenz repräsentierten Staaten und 3. die Festigung des Friedens in Osteuropa betreffen, hat die Delegiertenversammlung in Riga folgendes bestätigt: a) Die am 30. März versammelten Delegierten Estlands, Lettlands, Polens und der russischen föderativen Sowjetrepublik sind nach Prüfung mehrerer Wirtschaftsfragen welche das gemeinsame Interesse ihrer Länder darstellen, dahin übereingekommen, daß es notwendig sei, daß ihre Vertreter auf der internationalen Konferenz in Genua in bezug auf die obigen Fragen gemeinsam auftreten. Den Grundsatz der Gewährleistung der politischen und wirtschaftlichen Souveränität der durch sie repräsentierten Staaten und die Notwendigkeit, für die Durchführung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus von Osteuropa zu Auslandskrediten Zuflucht zu nehmen, erörtern, haben die erwähnten Delegierten die Meinung geäußert, daß man danach streben müsse, den Grundsatz von freien Finanz- und Wirtschaftsvertragsabschlüssen mit den einzelnen Staaten zu unterstützen, sei es mit Finanzgesellschaften, sei es mit privaten Finanzleuten. Die Delegierten der auf der Sitzung repräsentierten Regierungen erklären, daß sie bereit sind, alle von ihren Regierungen übernommenen Verpflichtungen korrekt zu erfüllen, und erkennen an, daß es von Nutzen sei, die Unantastbarkeit der Friedensverträge gegenseitig zu garantieren: vom 2. Februar 1920 zwischen Estland und Rußland, vom 11. August 1920 zwischen Lettland und Rußland und vom 18. März 1921 zwischen Polen einerseits und Rußland, der Ukraine und Weißrußland andererseits. Die Delegierten Estlands, Lettlands und Polens haben sich in dem Sinne geäußert, daß es angebracht wäre, mit Rücksicht auf die Aktion des wirtschaftlichen Wiederaufbaues von Osteuropa die Sowjetregierung de jure anzuerkennen. b) Die Delegierten Estlands, Lettlands, Polens und der russischen föderativen Sowjetrepublik geben der Meinung Ausdruck, daß es im Interesse der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen zwischen den in der genannten Sitzung repräsentierten Ländern liege: 1. Bürgern der angegebenen Länder, die sich ins Ausland zur Betreibung von Handelsgeschäften begeben, im Einverständnis mit den Gesandtschaften der betreffenden Orte das Recht einer freien Entfaltung der Tätigkeit auf dem Gebiete der betreffenden Staaten zu erteilen und diese Tätigkeit zu erleichtern; 2. die Eisenbahnverkehrsverhältnisse zwischen den in der Sitzung repräsentierten Staaten zu erleichtern, insbesondere direkte Transporte von Waren, welche für diese Länder bestimmt sind, festzusetzen; 3. Handelstransaktionen auf der Grundlage des Kredits, der auf den Waren liegt, die jenseits der Grenzen des Landes lagern, oder auf Grund der Gewährung einer Garantie durch Banken der interessierten Länder abzuschließen; außerdem die Gründung von gemischten Gesellschaften zur Deckung der speziellen wirtschaftlichen Bedürfnisse obiger Staaten zu erleichtern; 4. Zentralen Kreditinstitutionen ihrer Länder vorzuschlagen, mit den entsprechenden Institutionen der anderen Staaten, die in der Sitzung repräsentiert sind, enge und direkte Beziehungen anzuknüpfen. c. Die Delegierten Estlands, Lettlands, Polens und der russischen föderativen Sowjetrepublik bekunden feierlich ihr ehrliches Bestreben, einen allgemeinen Frieden zustande zu bringen, sowie ihren Entschluß, weiter in guten Beziehungen miteinander zu bleiben und die Streitfragen auf friedlichem Wege zu entscheiden. Zu diesem Zwecke werden die Delegierten den Grundsatz der Abrüstung in allen Ländern standhaft unterstützen. Die Delegierten erkennen an, daß es für die Gewährleistung des Friedens unbedingt notwendig sei, daß die Grenzen der einzelnen Staaten ausschließlich durch reguläre Truppen oder durch eine offizielle Grenzwehr bewacht werden. Die Delegierten erachten es als unbedingt notwendig, daß zur Erreichung desselben Zweckes längs der Grenze Zonen festgesetzt werden, in die die Streitkräfte nur in minimaler Anzahl zugelassen werden dürfen, was für beide benachbarten Staaten zugleich gilt. Die Größe dieser Zonen und die Zahl der Truppen, welche zugelassen werden sollen, wird durch besondere Verträge zwischen den betreffenden Staaten geregelt werden. Gleichzeitig stellen die Delegierten der oben erwähnten Staaten fest, daß

die Ansammlung von feindlichen Streitkräften in der Nähe der Grenze und die Ausfälle solcher Abteilungen auf das Gebiet des benachbarten Staates eine Gefahr für den Frieden bedeuten, und erkennen an, daß jede Regierung die Verantwortung dafür trägt, wenn sich auf dem Gebiet ihres Staates Banden bilden, und auch für den Übertritt solcher Banden in das Gebiet des Nachbarstaates. Die Delegierten gaben der Meinung Ausdruck, daß es von Nutzen sein würde, wenn die auf der Sitzung repräsentierten Länder genaue Entwürfe für die Genua-Konferenz ausarbeiten, die zum Zweck haben sollen, obige Grundsätze zu verwirklichen.

In Riga in vier Exemplaren am 30. März 1922 ausgefertigt. Es unterzeichneten: Jodko, Pipp, Mejerowicz, Titscherin.

Sejm.

Sitzung vom 31. März 1922.

Warschau, 1. April 1922.

Nach Erledigung einer Reihe von Angelegenheiten minderer Bedeutung wurde in die dritte Lesung des Gesetzes über die Besoldung der Professoren akademischer Schulen und der Lehrhilfskräfte eingetreten. Das ganze Gesetz wurde en bloc in dritter Lesung angenommen. Es folgte die dritte Lesung des Gesetzes über die Bereicherungssteuer durch Ankauf unbeweglicher Güter und durch Zahlung von Hypothekenschulden. Das Gesetz wurde ebenfalls in dritter Lesung angenommen. Darauf trat man in die dritte Lesung des Gesetzes über die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen ein. Angenommen wurde der zweite Teil der Änderung des Abg. Woźnicki zum Art. 8, der den Termin vom ersten Jahr für die Entscheidung über Beschwerden und eine eventuelle Rückzahlung des Zuvielbezahlten betrifft. Endlich wurde das ganze Gesetz in dritter Lesung angenommen. Herr Miedzyński behandete das Gesetz über die Vermehrung der Emission von Schatzscheinen um 20 Milliarden, d. h. bis zur Höhe von 50 Milliarden und bemerkte, daß der Finanz- und Haushaltsausschuß sich einmütig auf die Seite des Regierungsentwurfs stellt. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nun wurde das Gesetz über die Personalausweise besprochen. Der Berichterstatter, Pfarrer Sobolewski, erklärte, daß der Besitz von Personalausweisen durch die Bürger ebenso im Interesse der Bürger wie auch im Interesse des Staates liege. Das Gesetz besteht aus zwei Teilen. Es sieht die Pflicht vor, daß die Personen über 14 Jahre persönliche Dokumente besitzen müssen. Die Dorfbevölkerung wird diese Dokumente von den Gemeindeämtern erhalten. Das Gesetz führt auch terminelle Dokumente ein, die zur Ausreise nach dem Ausland berechtigen. Ausländer, die in Polen eintreffen, müßten hierzu die Erlaubnis der Verwaltungsbehörden haben. Abg. Witos beantragt die Rücksendung des Gesetzes an den Ausschuß. Waleron stützt den Antrag des Abg. Witos. Für den Übergang zur Tagesordnung sprachen sich die Abgeordneten Putek und Weinzieher aus. Abg. Opala schlägt die Absendung des Gesetzes an den Ausschuß vor. Nach der Ansprache des Pfarrers Sobolewski, der für das Gesetz eintrat, wurde in die Abstimmung der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung abgelehnt, und dagegen der Antrag Witos über die Absendung des Gesetzes an den Ausschuß angenommen. Nach einem kurzen Bericht des Abg. Mieczkowski wurde eine Entschließung in der Angelegenheit des Kreisgerichts in Tschenstochau angenommen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 4 Uhr.

Aus den Sejmausschüssen.

Warschau, 1. April. Der Finanz- und Haushaltsausschuß hat in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffs der Kontrolle über die Staatsschulden angenommen. Auf Antrag des Berichterstatters Loewenstein wurde im Einvernehmen mit dem Finanzminister zu Artikel 10 eine Ergänzung angenommen, die besagt, daß die Kontrollen der Kommission auch auf die Emission von Banknoten der Polnischen Landesdarlehnskasse (P. K. K. P.) ausgedehnt sein wird. Auf Antrag des Abg. Kolitzer wurde zum Gesetzentwurf ein neuer Artikel hinzugefügt, nach dem alle Schuldverschreibungen, die von dem Staate herausgegeben werden, die Unterschriften von zwei Mitgliedern der Kontrollkommission tragen werden. Der Ausschuß nahm in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über Vergrößerung der Emission der dritten Serie von Schatzscheinen an, die 30 bis 50 Milliarden Mark betragen. Der Berichterstatter Miedzyński wurde ermächtigt, im Plenum Bericht zu erstatten. — Der Verfassungsausschuß schloß sich dem Bericht des Abg. Liebermann gemäß Artikel 11 des Gesetzentwurfes über den obersten Verwaltungsgerichtshof an. — Der Heeresausschuß nahm im Sinne des Regierungsentwurfes die zweijährige Dienstzeit an und setzte auch das dienstpflichtige Alter fest, das vom Januar des Jahres gerechnet wird, in dem der Eingezogene sein 21. Lebensjahr vollendet. — Der Liquidationsausschuß nahm die vom Hauptliquidationsamt eingebrachte Novelle zum Gesetz vom 10. Mai 1919 über Festsetzung und Abschätzung von Kriegsverlusten an. Die Novelle bedeutet eine Änderung des Art. 8 und bestimmt, daß dort, wo keine Abschätzungskommissionen gebidet sind oder wo sie vor Beendigung der Registrierung der Kriegsverluste ihre Tätigkeit einstellen, das durch gemeinnützige Institutionen, sowie durch amtlich zur Festsetzung der Kriegsverluste berechtigte Personen gesammelte Schätzungsmaterial den Hauptabschätzungsausschüssen zur endgültigen Festsetzung und Abschätzung dieser Verluste überwiesen wird. — Der Kultusausschuß nahm eine Resolution des Abg. Sołtyk an, welche die Regierung auffordert, dem gesetzgebenden Sejm unverzüglich die wichtigsten Gesetze, die die öffentliche Erziehung betreffen, vorzulegen. Abg. Woźnicki wandte sich an den anwesenden stellv. Kultusminister betreffs unerwünschter Vorfälle in manchen Schulen, wo die Jugend zu den Namenstagen der Lehrer zu Geschenken gezwungen wird. Der Vizeminister sagte in dieser Angelegenheit eine entsprechende Verfügung zu.

Oesterreich.

Schwere Ausschreitungen streikender österreichischer Textilarbeiter.

Wien, 1. April. (Telunion.) In der österreichischen Textilindustrie ist es zu einem Konflikt wegen der Auszahlung der Teuerungszulagen und infolge verschiedener Aussperrungen gekommen. Am Dienstag hat in Wels eine Anzahl von Arbeitslosen der Metallindustrie sich zu schweren Ausschreitungen hinreißen lassen. Einige 100 Mann drangen in die Bureaus der Strick- und Wirkwarenfabrik Wagner u. Reinert. Die Eindringlinge mißhandelten den Direktor der Fabrik, versetzten ihm Schläge auf den Kopf und Fußtritte und erzwangen schließlich unter der Drohung, ihn zum offenen Fenster hinauszuwerfen eine Erklärung, wonach der Betrieb zu den Bedingungen der Arbeiterschaft wieder aufgenommen und den demonstrierenden Arbeiter der entgangene Gewinn für die Zeit der Demonstration ausgezahlt werden muß. Der industrielle Verband macht nunmehr seine Teilnahme an den bevorstehenden Verhandlungen von der Stellungnahme des Metallarbeiterverbandes zu den obigen Vorfällen abhängig.

Arbeitslosenelend in Wien.

Wien, 1. April. (Telunion.) Die Demonstration der Arbeitslosen ist ohne Zwischenfall verlaufen. Eine Abordnung begab sich in das Parlament, wo Minister Bauer erklärte die Regierung werde alle Vorkehrungen treffen, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, und zwar so schnell als angängig. Die Regierung werde ein Arbeitsprogramm von 30 Milliarden einbringen, um den Arbeitswilligen Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen.

Eine neue österreichische Monarchistenpartei.

Wien, 1. April. (Telunion.) Unter den hiesigen Monarchisten ist eine Spaltung eingetreten. Unter Führung des in letzter Zeit wiederholt genannten Monarchistenführers Kuno Schoynigg wurde eine neue Monarchistenpartei ins Leben gerufen unter dem Namen Oesterreichische Staatspartei. Das Ziel der neuen Partei ist die Wiederherstellung der legitimen Herrschaft der Dynastie Habsburg.

Schwere Erkrankung des früheren Kaisers. In Wien sind aus Funchal von kompetenter Stelle, die mit Kaiser Karl ständig in Fühlung steht, Nachrichten eingelaufen, daß dieser an einer beiderseitigen Lungenentzündung erkrankt ist. Der frühere Kaiser wurde von dem Bischof von Funchal mit den Sterbesakramenten versehen. Von Wien ist ein Arzt nach Madeira abgereist, der den früheren Kaiser schon während seiner letzten Grippeerkrankung vor mehreren Jahren behandelt hat. Da die österreichische Regierung das Privatvermögen des Kaisers gesperrt hat, wurden die Reisekosten für den Arzt im Betrage von 3 Millionen Kronen von anderer Seite aufgebracht.

Politische Tagesneuigkeiten.

Attentat auf den japanischen Kriegsminister Tanaka. Aus Schanghai wird gemeldet, daß auf den früheren japanischen Kriegsminister Tanaka ein Attentat verübt wurde, bei dem ein Amerikaner und vier weitere Personen verletzt wurden.

Republik Polen.

† **Der Ministerrat** faßte in seiner Sitzung am 30. d. Mts. eine Entschließung, die die Ausfuhr von Getreide und Getreideerzeugnissen, von Vieh, Fleisch, Fetten und Eiweiß, außer den schon für die zur Ausfuhr bestimmten Eiersendungen verbietet. Es sollen Revisionsausschüsse gebildet werden, die darüber Kontrolle führen, wie die Ausfuhrverordnungen an der Grenze gehandhabt werden, zugleich wird dem Justizministerium und Innenministerium die Aufforderung zugehen, im Verlaufe von zwei Wochen Angaben über Anordnungen gegen diejenigen auszuarbeiten, die sich des Schmuggels mit Lebensmitteln schuldig machen. Das Innenministerium ist angewiesen worden, sich an die Selbstverwaltung mit dem Auftrag zu wenden, die Beschlüsse der Preisprüfungskommission zu befolgen. Nach der Aussprache über eine bedeutende Aufbesserung der Beamtenexistenz, beschloß der Ministerrat, allen staatlichen Beamten und Offizieren eine einmalige Teuerungszulage in Höhe von 50 Prozent der monatlichen Entlohnung nach den Grundlagen zu gewähren, wie sie bei den früheren Zulagen üblich waren.

Deutsches Reich.

** **Die deutsche Delegation für Genua.** Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, werden der deutschen Delegation in Genua voraussichtlich angehören als Vertreter der Reichsregierung Reichsminister Dr. Rathenau, Reichswirtschaftsminister Schmidt, Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Als Vertreter der Gewerkschaften werden wahrscheinlich der demokratische Abgeordnete Erkelanz, der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald sowie der frühere deutsche Reichsarbeitsminister Wissell mit nach Genua gehen.

** **Der Postetat vor dem Hauptausschuß des Reichstages.** Der Hauptausschuß des Reichstages verabschiedete am Donnerstag zunächst den Nachtragsetat für die Verwaltung der Reichseisenbahnen und beschäftigte sich dann mit dem Reichspostetat. Reichspostminister Giesberts gab eine eingehende Schilderung über die finanzielle und wirtschaftliche Lage seiner Verwaltung und ihrer Leistungen in den letzten drei Jahren. Er bemerkte, daß sich in dem vorliegenden Etat Einnahmen und Ausgaben decken. Ein endgültiges Bild über die finanzielle Wirkung läßt sich heute noch nicht abgeben. Es steht fest, daß die hohen Gebühren nicht in dem Maße verkehrshemmend wirken, wie vielfach vermutet. Es werde weiter untersucht werden, wie der Betrieb zu vereinfachen und zu verbilligen sei. Der beklagte zu hohe Personalstand ergebe sich hauptsächlich aus dem Achtstundentag, aus den verlängerten Urlaubszeiten und den durch die Nachwirkungen des Krieges erhöhten Krankheitsziffern. Gegenüber den gegen die Postverwaltung vorgebrachten Klagen ständen aber erhebliche Leistungen in der Nachkriegszeit. Telegraph und Fernsprecher, Postscheckwesen, der Auslandsverkehr usw. seien ausgebaut bzw. wieder aufgenommen worden. Staatssekretär Bredow ergänzte die Darlegungen des Postministers namentlich hinsichtlich der Telegraphen- und Fernsprechbetriebes sowie des Funkverkehrs. Nach kurzer Debatte vertagte sich der Ausschuß.

** **Schul- und Kiruchenfragen im preußischen Landtag.** Der preußische Landtag überwies die Entwürfe über die Neuregelung des Diensteinkommens der Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen und Mittelschulen, sowie die Anträge Dr. Korsch und Genossen auf Neuregelung des Diensteinkommens der evangelischen und katholischen Geistlichen dem Ausschuß für Beamtenangelegenheiten. Dann setzte das Haus die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats fort.

** **Die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt.** Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde ein Antrag Wunderlich angenommen, der fordert, daß im Gesetz über Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt vom 19. April 1919 Satz 2 des § 2 gestrichen wird. Bis jetzt war es verboten, die Vorbereitungszeit um 1 Jahr zu kürzen, wenn beim ersten Examen ein Zwischensemester angerechnet war. Dieses Verbot wird nunmehr beseitigt. Die Landesregierungen werden ermächtigt, den Prüflingen die Vorbereitungszeit bis auf ein Jahr zu kürzen.

** **Belagerungszustand in Duisburg.** Nunmehr ist, wie über Hamborn so auch über Duisburg von der belgischen Besatzungsbehörde der Belagerungszustand verhängt worden. Sämtliche Lokale müssen um 9 Uhr geschlossen sein. Auch alle Zusammenkünfte und Veranstaltungen in Privathäusern müssen vorher durch die Besatzungsbehörde genehmigt werden. Sämtliche belgische Offiziere haben Telephonanschluß bekommen, damit sie jederzeit zu erreichen sind.

** **Annahme des Handelsvertrages mit Serbien durch den Reichsrat.** Der Reichsrat stimmte am Donnerstag zunächst den Beschlüssen des Hauptausschusses des Reichstages zur Beamtenbesoldungsvorlage zu mit den Veränderungen die der Reichstag an dem Gesetz über Verlängerung von Demobilmachungsvorschriften vorgenommen hat, erklärte er sich ebenso einverstanden wie mit den Abänderungen an den Schätzungsgrundsätzen zum Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandsschädengesetz. Der vorläufige Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Südslawien wurde angenommen. Der Reichsrat wird am Dienstag, dem 11. April seine nächste Sitzung abhalten.

Freistaat Danzig.

*† **Die Danziger Verfassung.** Die Kommunisten haben zur Beratung über die Abänderung der Verfassung, wie sie der Völkerbund fordert, im Volkstage folgende Anträge eingebracht: Hinter Artikel 24 einen Artikel 24a einzuschalten, der besagt: 1. die Auflösung des Volkstages erfolgt durch eigenen Beschluß oder durch Volksentscheid. 2. Die Auflösung des

Obdachlos.

Humoristischer Roman eines Wohnungsuchenden.

Von **Otfrid von Hanstein.**

(5. Fortsetzung.)

Frau Agathe war durchaus keine Freundin von weiten Märschen, aber — die Elektrische streikte noch immer, und in Droschken hatte man ein Haar gefunden.

Heute war es nur die kleine Hilde, die sich wenigstens mit neugierigen Augen umsah, und sie war auch die einzige, die geschlafen hatte.

Sie wanderten zur Geschäftsstelle des Tageblatts.

„Wir holen die Anzeigen und nehmen, was einigermaßen paßt — und wenn's auch nicht allzuschön ist."

Die Erwartungen waren schon etwas herabgestimmt.

Die Friedrichstraße erschien ihnen endlos, und Frau Agathe war vollkommen erschöpft, als sie in der Geschäftsstelle des Tageblatts ankamen.

„Bitte die Offerten auf W. Z. 765."

„Bedaure, nichts eingegangen."

„Sie müssen sich irren."

„Was war es denn für eine Anzeige?"

„Ein Wohnungsgesuch."

„Da geht überhaupt nichts ein."

„Natürlich, warum inserierst Du im Tageblatt!"

„Wo ist denn die Tägliche Rundschau?"

Ein junger Herr, der das niedliche Hildchen schon seit einiger Zeit beobachtet hatte, trat heran.

„Wenn Sie gestatten, es wird mir ein Vergnügen sein Sie zu führen."

„Endlich ein höflicher junger Mann in Berlin."

Frau Agathe sah ihn wohlgefällig an, der Regierungsrat dachte an Bauernfänger, Hubert nach seinen gestrigen Abenteuern auch nicht viel besser, aber Hildchen ließ einen dankbaren Blick über den jungen Mann gleiten. Wirklich, er war ein interessanter Mensch — etwas künstlerisch mit der großen selbstgebundenen Schleife und dem schief auf das Haupt gedrückten Hut —, er sah sie an, und sofort wußte sie, daß sie selbst es war, der eigentlich seine Ritterlichkeit galt, und senkte errötend, wie es die Pflicht eines wohlerzogenen Backfisches ist, das blonde Köpfchen.

Sie hatten nicht weit zu gehen, und der Fremde richtete das Wort an Mutter und Tochter.

„Sehen Sie, da ist das große Ullsteinhaus, und jetzt kommen wir gleich zur Täglichen Rundschau."

Sie gingen hinein, und wieder fragte der Regierungsrat

„Bedaure, nichts eingegangen."

„Dann müssen wir eben so suchen."

„Ich bin schon jetzt müde."

„Ja, Agathe, da mußt Du Dich zusammennehmen."

„Wir wollen doch erst zu Adolf."

„Dein Bruder ist überhaupt an allem schuld!"

„Aber Klemens!"

„Es ist doch wahr."

„Jedenfalls müssen wir zu ihm."

Dieser Weisheit konnte sich auch der Regierungsrat nicht verschließen, denn außer dem Schwager kannte er in Berlin keinen Menschen.

„Wo ist denn Adolfs Bureau?"

„Kanonierstraße 6."

„Und wo ist die Kanonierstraße?"

„Wenn ich die Herrschaften vielleicht führen dürfte, ich stehe gern zur Verfügung."

Der Herr Regierungsrat runzelte die Stirn, als er den schwarzgelockten Jüngling getreulich vor dem Hause der Täglichen Rundschau warten sah.

„Wir können doch den Herrn nicht in einem fort bemühen — oder aber — wenn wir uns revanchieren dürfen — verzeihen Sie — sind Sie vielleicht von Beruf Fremdenführer?"

Der junge Herr errötete.

„Gestatten Sie — ich bin Student der Musik — erlauben Sie —"

Einer Vorstellung wollte der Regierungsrat vorbeugen, das konnte ein Manöver sein, um seinen Namen zu erfahren — wer konnte wissen — er war seit gestern abend vorsichtig.

Also unterbrach er:

„Dann entschuldigen Sie!"

„Und wenn der Herr Studiosus wirklich so freundlich sein will —"

Frau Agathe wollte den liebenswürdigen Menschen, der sie vor unnötigen Umwegen bewahrte, versöhnen. Der Regierungsrat schickte Hubert in einen Zigarrenladen und Frau Agathe nahm seinen Arm. So kam es, daß Hildchen und der junge Student nebeneinander vorangingen.

„Gnädiges Fräulein kennen Berlin noch nicht."

„Nein."

„Aber Sie beabsichtigen, jetzt hier zu bleiben?"

„Ja."

„Ihr Herr Vater ist wohl ein höherer Beamter?"

„Ja."

„Sie kommen wohl aus dem besetzten Gebiet?"

„Ja."

„Werden Sie öfter in das Haus in der Kanonierstraße kommen?"

„Nein."

„Das ist schade."

„So?"

„Da hätte ich vielleicht das Glück haben können, Sie wiederzusehen."

„Ach."

„Denn mein Musiklehrer wohnt in der Kochstraße."

„So."

„Ich studiere nämlich Musik und will Opernsänger werden."

„Ach."

„Mein Vater ist nämlich ein reicher Mann, da kann ichs mir leisten."

„So."

„Ich langweile Sie wohl mit meinen Gesprächen?"

„Ach nein!"

(Fortsetzung folgt.)

Volkstages durch eigenen Beschluß bedarf der Zustimmung von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl. 3. Nach Auflösung des Volkstages muß die Neuwahl binnen 60 Tagen stattfinden. — Artikel 24b: Im Falle der Auflösung des Volkstages beginnt die Wahlperiode des neuen Volkstages mit dem Tage der Neuwahl. — Ferner beantragen sie für den Artikel 25 folgende Fassung: 1. Die Staatsregierung besteht aus dem Senatspräsidenten und sechs Senatoren, welche vom Volkstag gewählt werden. Die Staatsregierung als solche und jeder einzelne Senator bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkes, das dieses durch den Volkstag bekundet. Der Volkstag kann der Staatsregierung oder einem einzelnen Senator durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entziehen. — 2. Der Antrag auf Herbeiführung eines solchen Beschlusses muß von mindestens fünfzehn Abgeordneten unterzeichnet sein. 3. Über den Antrag darf frühestens am zweiten Tage nach seiner Besprechung abgestimmt werden. Er muß binnen vierzehn Tagen nach seiner Einbringung zur Erledigung kommen. 4. Über die Vertrauensfrage muß namentlich abgestimmt werden. 5. Wird der Beschluß auf Entziehung des Vertrauens gefaßt, so müssen die davon betroffenen Senatoren zurücktreten. 6. Diese Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, daß die Staatsregierung in ihrer Gesamtheit oder ein Senator die Vertrauensfrage stellt.

*† **Die Lagerung polnischer Munition im Danziger Hafen.** Zu den zwischen der Republik Polen und der Freistadt Danzig noch unerledigten Fragen gehört die Entscheidung über einen Entladeplatz für polnische Munition im Danziger Hafen. Der Präsident des Danziger Hafenausschusses, der schweizerische Oberst de Reynier, hat nunmehr entschieden, daß es materiell nicht möglich sei, im Danziger Hafen einen Platz zu finden, den man zur Entladung, zur Niederlage und zur Weiterbeförderung von Explosivstoffen anweisen könnte, ohne den eigentlichen Hafen und die Stadt Danzig selbst der Gefahr auszusetzen, die eine etwaige Explosion mit sich bringt. Der Hafenpräsident erklärt, daß — nachdem er vergeblich versucht habe, Polen und Danzig zu einem freiwilligen Übereinkommen zu bewegen — er die Entscheidung fälle, daß die Holminsel bei Danzig als Entlade- und Lagerplatz für polnische Munition bestimmt wird. Die Mißstände technischer Art, wegen derer Polen diese Insel bisher ablehnte, lassen sich durch den Bau von Krananlagen und Schienenwegen beseitigen. Gegen diese Entscheidung haben sowohl die Republik Polen als auch die Freie Stadt Danzig Einspruch beim Völkerbund-Oberkommissar eingelegt.

Aus der polnischen Presse.

Zu der Sejmrede des Finanzministers Michalski schreibt der „Dziennik Pozn." in seiner Nr. 74: „Wir betonten immer, daß bei unseren Sejmverhältnissen eine unparteiische Regierung heute die einzig mögliche Regierung ist, sofern die Parteien außerstande sind, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden. Auf demselben Standpunkt steht auch die Regierung, die bei jedem Anlaß ihre Bereitwilligkeit zum Rücktritt erklärt, wenn die Unfähigkeit des Sejms normalen Verhältnissen Platz macht und eine parlamentarische Regierung erstehen kann. Die Rede des Herrn Ponikowski und das Budget des Herrn Michalski zeugen jedoch davon, daß diese Regierung, obwohl eine Staatsnotwendigkeit, kein notwendiges Übel ist und keinen „Ersatz" darstellt, sondern von allen Regierungssystemen das günstigste ist, das bisher am lebenden Körper der Nation ausprobiert wurde. Als unparteiisch braucht sie weder Parteirücksichten zu nehmen noch die Unterstützung der Parteien zu erkaufen, und, als zum großen Teil von Fachleuten gebildete Regierung, ist sie nicht mit parlamentarischem Dilettantismus belastet, der in den schon längere Zeit bestehenden Staaten durch Einarbeitung ausgeglichen wird und damit die Dauerhaftigkeit der Tätigkeit des Verwaltungsapparates sicherstellt, während bei uns dieses Gegengewicht nicht vorhanden ist und deshalb Schaden anrichtet. Der Empfang, der in der Warschauer Presse der Rede Dr. Michalskis zuteil wurde, zeugt davon, daß sich die Agitation abschwächt, die kürzlich noch die Regierung untergrub und stürzen wollte. Man sieht, daß die in unbeugsamem Geiste erledigte Wilnaer Frage die Lage der Regierung hat sehr festigen müssen, da sie Anerkennung findet und geradezu Lobsprüche nicht nur von seiten der unparteiischen Presse erntet, wie zum Beispiel des „Kurjer Warszawski", sondern auch seitens der Presse, die sie am heftigsten bekämpft. Der nationaldemokratischen „Gazeta Poranna" zufolge „hebt sich die Verwaltung und kräftigt sich der Staat". Noch vor kurzem war sie für Zeitungen ähnlicher Richtung eine Regierung des Belvedere, eine schädliche Regierung, eine Regierung, die den Einflüssen der „Freimaurer" und „den Einflüssen der feindlichen Internationale" unterliegt. Wir behaupteten immer, daß die von Herrn Ponikowski bei der Wilnaer Krise bezeigte Charakterstärke, ein hervorragendes pädagogisches Mittel im Verhältnis zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierung sein werde. Das Festhalten an der einmal gewählten und für die Nation als günstig anerkannten Lösung der Wilnaer Frage nannten wir damals einen Triumph des nationalen Gedankens, und zwar vor allem in Hinsicht auf das Ansehen der Regierung, deren Festigung die Pflicht jedes verständigen Polen ist. Sache des Lesers oppositioneller Blätter ist es, wie er die gestrigen Bannflüche mit der heutigen Anerkennung vereinbart. Aber dieser Mangel an einer politischen Richtlinie, dieses Hin- und Herschwanken zwischen der Parteiagitation und dem Dienen der öffentlichen Angelegenheit bewirkt Desorientierung und beweist noch einmal, daß unsere Parteien sich gründlich von den Erlebnissen während der Knechtschaft erholen müssen, wenn sie schöpferische Arbeit leisten sollen. Die Beibehaltung des Kabinetts Ponikowski erachteten wir für unumgänglich notwendig; sie zu verlangen ist Pflicht der publizistischen Tätigkeit, die in der Überzeugung von der Gerechtigkeit der Angelegenheit sogar eine solche Last wie die Attacken der Rechten oder Linken überwinden muß. In Verbindung hiermit erneuern wir den Druck auf die Regelung der Agrarfragen, die in der heutigen Gestalt den Staat schwer bedrohen, wie wir das schon oftmals festgestellt haben. Eine Revision müßte das Verhältnis des Finanzamtes zur Zucker- und Spiritusproduktion erfahren. Große Befürchtungen weckte vor kurzem die neue Welle der Enteignungen, die entweder schon vorgeschlagen wurden, oder vorbereitet werden. Wegen des genügenden Vorrates an Land sind diese Enteignungen unnötig, für die Nationalwirtschaft schädlich und durch nichts berechtigt."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 1. April.

Gegen den Spielteufel.

Eine Protestversammlung gegenden Spielklub in Zoppot fand gestern abend um 8 Uhr in der Universität statt. Sie war von hervorragenden Bürgern aus der hiesigen Öffentlichkeit zu dem Zweck einberufen worden, um einen Feldzug gegen das Verschwenden von moralischem und finanziellem polnischen Gut im Zoppoter Spielklub ins Werk zu setzen und den sich in unserer Stadt ausbreitenden Hazardspielen einen Damm entgegenzusetzen.

Die Versammlung eröffnete Herr Mrozowski, ein Bürger der Freistadt Danzig, der zu Vorsitzenden Dr. Szuldrzyński und zum Schriftführer Dr. Łabędziński vorschlug, womit die Versammlung einverstanden war. Nach Einleitungsworten des Vorsitzenden über den Zweck der Versammlung wurde Herrn Mrozowski das Wort erteilt.

Dieser wies auf den Schaden hin, der dem Lande aus dem Grunde erwachse, daß eine beträchtliche Anzahl von Polen an den Hazardspielen in Zoppot teilnehmen und auf die leichtsinnigste Weise Summen verlieren, die in die Millionen gehen, und zwar in deutscher Valuta. Nach einem erschöpfenden Bericht, der mit Tatsachen erhärtet war, ging man zur Aussprache über, an der sich der Starost Wyczyński, Herr Baraz, der Rat Berkan, Frau Rybicka-Dobrzyńska, Frau Rzepecka und der Rat Kierski beteiligten. Zum Schluß wurde folgende Entschließung angenommen:

1. Die am 31. März 1922 in der Aula der Posener Universität zum Zweck der Bekämpfung des Spielklubs in Zoppot Versammelten wenden sich mit einem eindringlichen Aufruf an alle Volksgenossen, dem Spielklub vollkommen fernzubleiben. Jede Polin und jeder Pole, die dort spielen, beflecken den polnischen Namen und setzen die polnische Valuta herab.

2. Die Versammelten fordern die Presse auf, unter keinen Umständen Anzeigen des Spielklubs in Zoppot anzunehmen, einen rücksichtslosen Kampf gegen den Spielklub zu unternehmen und die Namen und Adressen derjenigen zu veröffentlichen, die leichtsinnig, vergessend, was die öffentliche Meinung gebietet, den Mut haben, weiter dem Spiele zu frönen.

3. Die Versammelten bitten die Direktionen der polnischen Banken in Posen, denjenigen, die in die Spielhäuser gehen, keinerlei Kredite zu erteilen und keine Transaktionen zu finanzieren.

4. Die Versammelten verurteilen auch auf das Energischste das Treiben von jeglichen Hazardspielen hier im Lande und rufen die Öffentlichkeit und die Finanzinstitutionen auf, die oben erwähnten Repressalien auch auf hiesige Personen anzuwenden, die auf leichtsinnige und strafwürdige Weise durch das Spiel moralische und finanzielle Güter verschwenden. r

Versicherungszahlungen in deutscher Valuta. Das Pressebureau des Finanzministeriums gibt folgendes zur Kenntnis: In Sachen der Erlaubnis auf Annahme von Auszahlungen in deutscher Valuta durch deutsche Versicherungsanstalten, die vorher im ehem. preuß. Teilgebiet tätig waren, muß man sich von jetzt ab an den Delegierten des Finanzministeriums für Valutaangelegenheiten in Posen wenden. Bisher wurden solche Genehmigungen vom Ministerium für das ehemals preußische Teilgebiet erteilt. Der Delegierte des Finanzministeriums erteilt auch Genehmigungen dafür, daß die Beiträge für obige Institutionen in deutscher Valuta entrichtet werden dürfen.

Wiederaufnahme der Arbeit. Dem Vernehmen nach ist es im Holzgewerbe zu keiner Einigung über den Lohntarif gekommen. Trotzdem haben die Arbeiter, ohne den Vertrag unter den von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Bedingungen, d. h. einer Erhöhung von 12 Prozent, zu unterschreiben, die Arbeit wieder aufgenommen.

Ermäßigung der Postgebühren bei Versendung von Schulhandbüchern. Im „Dziennik Ustaw" Nr. 14 veröffentlicht der Post- und Telegraphenminister eine Verordnung, nach der bei Postpaketen, die Schulhandbücher enthalten, eine Gebührenermäßigung von 50 v. H. des Normaltarifs (nach dem Gewicht) einzutreten hat. Von dieser Vergünstigung können ausschließlich Verlagsfirmen, sowie Lehranstalten aller Arten in ihrem gegenseitigen Postverhältnis Gebrauch machen. Auf den Paketen und den Postpaketadressen ist die Aufschrift anzubringen: „Podręczniki szkolne" (Schulhandbücher).

X **Wie spare ich mit der Tinte?** — Diese Frage hat die deutsche Reichspostverwaltung durch eine an die ihr unterstellten Postanstalten gerichtete Verfügung betreffs Selbstherstellung von Tinte aus Tintenpulver gelöst. Die besondere Stelle der Reichspostverwaltung für Amtsbedarf erklärt es für zweckmäßig, die Tinte nicht für jede enzelne Dienststelle, sondern gleichzeitig für den Bedarf aller räumlich zusammenhängenden Geschäftsstellen in einer solchen Menge herzustellen, daß der Bedarf für drei bis vier Monate gedeckt ist. In einem größeren Betriebe sollen etwa 30 Liter Wasser in einem großen Topfe gekocht und darauf die Pulver für die gleiche Anzahl Liter in das heiße Wasser hineingeschüttet werden. Nach dem Abkühlen wird die fertige Tinte in Flaschen gefüllt. Dieses Verfahren habe sich gut bewährt. Es dürfen aber nur gut emaillierte und glasierte Gefäße und Gerätschaften gebraucht werden. Sie müssen ganz sauber sein und dürfen keine Reste früherer Tinte enthalten. Gefäße und Gerätschaften mit metallischer Oberfläche dürfen nicht benutzt werden. Wird eine solche Tinte nach längerem Stehen im Tintenfaß dick und unflüssig, so genügt in der Regel ein geringer Zusatz von kaltem, klarem Wasser, sie wieder gut schreibfähig zu machen.

X **Schnell aufgeklärt** wurde von der Kriminalpolizei der große Benzindiebstahl in der Grochowe Łąki (fr. Südstr.). Als Diebe wurden die Arbeiter Stegemann, Fiedler und Rogowski und als Hehler, bei dem der Benzin untergebracht worden war, ein gewisser Andrzejewski ermittelt und festgenommen.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Auf dem hiesigen Hauptbahnhofe wurde ein Durchreisender angehalten, bei dem drei Paar neue Stiefel vorgefunden wurden, die vermutlich aus einem Diebstahl herstammen. Die Stiefel können bei der Abteilung I der Kriminalpolizei besichtigt werden. — Beschlagnahmt wurde durch Kriminalbeamte eine vermutlich aus einem Diebstahl herstammende schwarz-braune, hochtragende Stute mit Blesse, 4—5 Jahre alt, 1,60—1,65 Meter groß, mit langem Schweif. Das Pferd kann bei der Komenda Pow. in der ul. Działyńskich (fr. Naumannstraße) besichtigt werden. — Beschlagnahmt wurden bei einem festgenommenen Manne 16 elektrische Birnen, die er verkaufen wollte, ohne sich über ihren rechtmäßigen Erwerb ausweisen zu können. Die Glühbirnen können beim 6. Polizeikommissariat in der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstraße) besichtigt werden.

X **Diebstähle.** Aus einem Lebensmittelgeschäft in der ul. Glogowska 96 (früher Glogauer Straße) wurden nachts nach Einschlagen der Schaufensterscheibe größere Mengen Butter, Seife usw. im Werte von 54 000 M. gestohlen. – Aus dem Invalidenbureau wurde in der Nacht zum Donnerstag eine Schreibmaschine, Marke „Remington", C. R. K. Nr. 76 553 im Werte von 500 000 M. gestohlen. — Aus Wohnung des Hauses Św. Wojciech 7 (fr. St. Adalbertstraße) wurden zwei dunkle Überzieher, zwei helle Herbstüberzieher und ein Biberpelz im Werte von 500 000 M. gestohlen.

* **Bromberg,** 28. März. Nachts drangen Einbrecher in die hiesige evangelische Pfarrkirche und die Garnisonkirche ein. Sie raubten in der Garnisonkirche nach Zertrümmerung des Tabernakels den goldenen Abendmahlskelch im Werte von 300 000 Mark, aus der Pfarrkirche zwei Handtücher und eine Anzahl Glühbirnen. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur.

* **Schwetz,** 28. März. In Rosenthal bei Pelplin wurde der Landwirt Johann Piontek verhaftet. Er steht im Verdacht, an den Raubmorden in Bramki, Kreis Schwetz, beteiligt zu sein. Ein Paar Pferde, Geschirre und mehrere Hausgegenstände wurden, wie dem „Pielg." gemeldet wird, beschlagnahmt.

* **Graudenz,** 30. März. Aus dem Staatsdienst ausgeschieden ist der Bezirksrichter Gitzen, der vor zwei Jahren vom polnischen Staat von Berlin hierher berufen wurde. — Die Ziegelei von Meißner und Wüst am Bahnhof, Frau Maurermeister Meißner gehörig, ist in andern Besitz übergegangen. Fleischermeister Zittlau, der längere Zeit Lieferant der polnischen Heeresverwaltung war, wird in den Baulichkeiten eine Streichholzfabrik einrichten. Die Ziegelei hatte bereits seit einigen Jahren den Betrieb einstellen müssen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lublin,** 31. März. Im Alter von 114 (??) Jahren gestorben ist einer Meldung der „Gazeta Warsz." zufolge, in einem Dorf bei Lublin der Bauer Maciej Bak. Der Verstorbene erfreute sich bis in die letzten Tage seines Lebens hinein trotz seines hohen Alters einer bemerkenswerten Frische und hat im vergangenen Jahre noch persönlich auf dem Felde mitgearbeitet. (Man tut oftmals gut, hinter derartige Meldungen über hohes Alter ein dickes Fragezeichen zu setzen, umsomehr wenn nicht einmal der Name des Ortes genau angegeben wird.

Aus Ostdeutschland.

* **Ratibor,** 31. März. Der steckbrieflich verfolgte Raubmörder und Bandenführer Warseschka wurde in Regau bei dem Versuch, in eine Gastwirtschaft einzubrechen, von der Gemeindewache gestellt und erschossen.

* **Bischofsburg,** 27. März. Im Alter von 100 Jahren gestorben ist die Altsitzerwitwe Rosalie Heinrich, die älteste Einwohnerin unserer Stadt.

Neues vom Tage.

§ **Linienschiff „Hannover" hat die bei Riga eingefrorenen Dampfer befreit.** Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: Von unserem mit dem Linienschiff „Hannover" entsandten Berichterstatter erhalten wir folgenden Funkspruch: „Linienschiff „Hannover", 27. März, abends. Nach zweitägigem Brechen in schwerem Eis hat Linischiff „Hannover" drei der noch im Eis befindlichen Dampfer erreicht. Das Eis ist unverhältnismäßig schwer und hat eine Dicke bis zu zwei Meter. Trotz der langen, schweren Zeit sind die Besatzungen der Dampfer wohlauf. Sie sind vorläufig mit Proviant versehen. Das Linienschiff „Hannover" beabsichtigt, den vierten Dampfer, der sich in der Nähe befindet, aufzusuchen, dann die Dampfer zu versammeln und darauf mit den vier Dampfern zurückzukehren. Der Stettiner Dampfer „Albis" hat Ruderschaden erlitten." Es handelt sich um die drei Hamburger Dampfer „Martha Ruß", „Wilhelm Ruß" und „Rudolf" und den Stettiner Dampfer „Albis", die im Januar im Rigaischen Meerbusen zwischen das Packeis gerieten und nicht loszukommen vermochten.

§ **1200 M. für ein Zwanzigmarkstück.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Deutsche Reichsbank und die deutsche Post erfolgt in der Woche vom 27. März bis 2. April 1922 zum Preise von 1200 M. für ein Zwanzigmarkstück, 600 M. für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 27. d. Mts. bis auf weiteres zum 21fachen Betrag des Nennwertes.

Vollkommenheit.

Kann es einen vollkommenen Menschen geben? Ist nicht Unvollkommenheit geradezu das Merkmal alles Irdischen, Kreatürlichen, Menschlichen? Und doch fordert Jesus von seinen Jüngern Vollkommenheit, noch dazu eine solche, die er gemessen haben will an der Vollkommenheit ihres himmlischen Vaters. Ist das nicht zu viel verlangt?

Vollkommenheit ist kein Schema, keine Schablone. Paulus sagt einmal: „Eine andre Klarheit hat die Sonne, eine andre Klarheit hat der Mond, eine andre Klarheit haben die Sterne", d. h. sie alle haben nicht dieselbe Herrlichkeit, aber jeder dieser Himmelskörper ist herrlich in seiner Art. So gibt es auch nicht eine einzige Form der Vollkommenheit; eine Blüte kann vollkommen sein, d. h. ganz so wie sie sein soll und muß, aber darum ist sie nicht eine reife Frucht; und eine Frucht kann in ihrer Weise vollkommen sein, aber ihre Vollkommenheit ist nicht die der Blüte. So hat jedes Ding, jedes Wesen seine Vollkommenheit. Vollkommen aber ist es dann, wenn es seinem Ideal entspricht, wenn es seine Idee verwirklicht, wenn es die höchst mögliche Stufe seiner Gestaltung erreicht.

So ist der himmlische Vater vollkommen, weil in ihm die höchste Gottesidee verwirklicht ist; es gibt keine höhere Vorstellung von Gott, als die eines Vaters im Himmel. Das ist das Höchste, was Gott sein kann.

So sind Jesu Jünger vollkommen, wenn sie die Idee der Jüngerschaft Jesu in höchst-möglicher Verwirklichung darstellen. Man faßt den Begriff der Vollkommenheit zu eng und zu einseitig, wenn man ihn nur auf Reinheit von Sünde beschränkt, aber auch wenn man ihn nur von der höchsten Erweisung der Liebe versteht. Vollkommen sein heißt für Jesu Jünger das, was sie sein wollen und sollen, ganz sein. Mit halben Jüngern und Scheinjüngern ist dem Herrn nicht gedient. „Vor Gott gilt kein halbiertes Leben, Gott krönet kein geteiltes Herz." Wieviele Christen aber gibt es, die hinken auf beiden Seiten! Die haben den Namen, aber nicht das Wesen, den Schein aber nicht das Leben eines Jesusjüngers! Der Meister kann nur Jünger brauchen, die ganz seine Jünger sind. Wie Gott in seiner Weise vollkommen ist, weil er ganz ist was im Namen Gott liegt, so sind auch seine Kinder vollkommen, wenn sie ganz und ohne Einschränkung seine lieben Kinder sind. **D. Blau-Posen.**

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 1. April.

Ein Rückblick.

Die zweite Posener Mustermesse ist am Montag abend, d. h. an demselben Tage, an dem nach Beilegung des Buchdruckerstreiks das „Posener Tageblatt" nach dreiwöchiger Unterbrechung wieder im vollen Umfange erscheinen konnte, geschlossen worden. Wir waren infolge des beschränkten Umfangs der Streikausgaben unseres Blattes leider nicht in der Lage, wie wir es wohl gewünscht hätten, die Messe einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Wenn wir gleichwohl heut am Ende des Wochenschlusses in einem kurzen Rückblick auf die für die wirtschaftliche Entwicklung der Republik Polen bedeutsame und wichtige Veranstaltung zurückkommen, so geschah das, um doch wenigstens in großen Zügen das Gesamtbild zu vergegenwärtigen.

Zu bedauern war es, daß über der diesmaligen Messe das Schreckgespenst des Arbeiterausstandes schwebte, der nicht nur die Fertigstellung der Ausstellung sehr in Frage stellte, sondern auch auf den Messebesuch einen lähmenden Einfluß ausübte, ja sogar verschiedene Messeaussteller noch im letzten Augenblick von der Reise nach Posen abhielt, weil man durch den zu befürchtenden, glücklicherweise aber nicht zur Wirklichkeit gewordenen Eisenbahnerausstand die Möglichkeit einer rechtzeitigen Hin- und Rückreise in Frage gestellt sah. Es kann nicht bestritten werden, daß der Ausstellungsbesuch unter diesem Druck schwer gelitten und das Unternehmen selbst, an das die Messeleitung und die Messeaussteller so große Hoffnungen geknüpft hatten, über Millionenschäden zu quittieren hatte. Der Besuch ist unseres Dafürhaltens hinter dem der ersten Posener Mustermesse erheblich zurückgeblieben. Er beschränkte sich auf Leute aus dem ehemals preußischen Teilgebiet, aus Pommerellen, Danzig und aus Warschau, und wer an den Vormittagen die Ausstellungshallen fast leer gesehen hat, der muß zugeben, daß der Besuch von außerhalb überhaupt wenig befriedigend war. Eine Ausnahme machte eigentlich nur der Riesenandrang des vergangenen Sonntags, an dem von der Eröffnung des Morgens bis zum Schlusse am Abend ein beständiges Hin- und Herfluten des Menschenstroms herrschte.

Das Gesamtbild, das man von der letzten Messe bekam, verdient gegenüber dem der vorjährigen, den Vorzug. Das Jahrmarktähnliche des vergangenen Jahres hatte einer übersichtlichen, großzügig angelegten Gruppeneinteilung Platz machen müssen. Vertreten waren Textil-, Konfektion- und Kürschnerwaren, Gerber-, Schuhmacher- und Sattlerwaren, Papierwaren, lithographische und Buchhändlerwaren, Galanterie und Spielzeug, Keramische, Glas- und Steinwaren, Elektrotechnik und Licht, Metallindustrie, Präzisionsinstrumente, chemische Industrie, Borsten- und Seilerwaren, Genuß- und Lebensmittelindustrie (Zigarren, Zigaretten, Liköre und Konfitüren!), Bau- und Ingenieurkunst, landwirtschaftliche Produkte (Posener Saatenbauverein), Reklame, Propaganda und Verschiedenes. Auf fast allen Gebieten sah man Posen und Warschau miteinander in scharfen Konkurrenzkampf treten, der natürlich nicht einheitlich zugunsten der einen oder der anderen Stadt entschieden wurde, sondern oft auf fast gleichliegenden, jedenfalls eng miteinander verknüpften Gebieten zugunsten der einen oder der anderen Stadt entschieden wurde. Daß Warschau mit seinen eleganten Warschauer Stiefeln Posen gegenüber den Vogel abschoß, wird ohne weiteres einleuchten; dafür war Posen aber mit seinen gediegenen Zaumzeugen, Sätteln, überhaupt sämtlichen Sattlerarbeiten, Warschau weit überlegen. Auffällig war es, daß diesmal die Lodzer Textilindustrie hinter der von Bielitz und Teschen auch hinsichtlich der Ausstellerzahl erheblich zurückblieb.

Von besonderem Interesse war es, daß 8—9 Firmen aus dem polnisch werdenden Teil von Oberschlesien ebenfalls erschienen waren. Man wird aber kaum ernsthaft behaupten können, daß diese Firmen die oberschlesische Industrie wirklich eindrucksvoll vertraten; von der bekannten oberschlesischen Schwerindustrie war überhaupt nichts wahrzunehmen. Gut vertreten mit etwa 40 Firmen der verschiedensten Branchen war Danzig.

Auf das Rätselraten der Umsätze auf der zweiten Posener Messe wollen wir uns nicht einlassen, ebensowenig darauf, ob die Messeaussteller mit dem Ergebnis zufrieden sind. Denn wenn man von den Leuten absieht, die auf die Frage nach den Abschlüssen die innerlich unwahre Antwort gaben, daß sie nur gekommen sind, um ihre Waren auszustellen, nicht aber um Geschäfte zu machen, so könnte man den mit dem Ergebnis Zufriedenen ebenso viele Unzufriedene gegenüberstellen. Zu den letzteren zählt jedenfalls die ganze Textilindustrie, die nicht auf ihre Kosten gekommen ist. Eine ziffernmäßige Festsetzung der Umsätze ist unzweckmäßig und unmöglich. Man kann ebenso gut von sovielen Milliarden, wie Millionen reden und ist dann sicher, daß man das Richtige . . . nicht getroffen hat.

Im allgemeinen darf man schließlich sagen, daß die Messe vieles Interessante und schon äußerlich in ansprechender Aufmachung gebracht hat. Jedenfalls wird sie trotz des ungünstigen Sterns, unter dem sie gestanden hat, dazu beigetragen haben, Handel und Wandel in der Republik Polen zu fördern. Ob allerdings der Zweck der Posener Messen, wie er bei der vorjährigen Messe proklamiert wurde, nämlich die ausländische, speziell die deutsche Industrie, durch eine rein polnische zu ersetzen, voll erreicht worden ist, das darf man wohl bezweifeln. Man nahm auf der Messe doch immer wieder den deutschen Einschlag wahr, ohne den sich eine völlige Entwicklung der Industrie des Nachbarstaates unseres Erachtens gar nicht denken läßt. Und das ist unseres Dafürhaltens auch eine Erfahrung, die auch die jetzt hinter uns liegende zweite Posener Messe mit sich gebracht hat. **hb.**

Evangelisation. Wie die Seele zu Gott gelangt, darüber will Pastor Hesekiel aus Bromberg zu den Evangelischen Posens reden. Dem religiösen Bedürfnis unserer Rechnung tragend, hat der Landesverband für Innere Mission in Polen ihn für Evangelisationsvorträge in der nächsten Woche gewonnen. Die Veranstaltungen finden, wie gewöhnlich im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses täglich nachmittags 6 Uhr statt. Sie beginnen am Sonntag, dem 2. April, wo Pastor Hesekiel über „Die Sehnsucht nach dem Reiche Gottes" sprechen wird. Am Montag, dem 3. April folgt dann „Die Begegnung mit Jesus und Berufung". Sonntag vormittag 10 Uhr wird Pastor Hesekiel den Gottesdienst in der Paulikirche halten.

X **Beendeter Ausstand.** Bei der Rawitsch-Kobyliner Eisenbahn ist der am Dienstag ausgebrochene Streik beigelegt worden; die Züge verkehren wieder in der üblichen Weise.

X **Vortragsabend.** Am Palmsonntag, dem 9. April, abends 8 Uhr veranstaltet die Christuskirchengemeinde im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses wieder einen der beliebten Vortragsabende. Der erste Teil umfaßt die Vorführung von Originallichtbildern Sven Hedins über das Thema „Durch Asiens Wüsten". Daran knüpft sich ein Vortrag des Superintendenten Rhode über die Religionsverhältnisse der dortigen Bewohner. Eintrittskarten zum Preise von 100 M. sind in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung und an der Abendkasse zu haben.

Der Verein Deutscher Sänger bittet uns mitzuteilen, daß das volkstümliche Konzert am morgigen Sonntag pünktlich um 8 Uhr beginnt. Während der einzelnen Vorträge bleiben die Türen geschlossen. Auf die Anzeige in der heutigen Ausgabe wird besonders hingewiesen. Kassenöffnung 7 Uhr abends.

Der Ornithologische Verein hält am Montag dem 3. d. Mts. abends 8½ Uhr bei Zinser, ul. Zamkowa (früher Schloßstraße) seine Monatsversammlung ab. Lehrer Schünke spricht über gestreifte Plymouth Rocks; Verlosung von Bruteiern. Vorher von 7½ Uhr an Hauptversammlung des Klubs der Züchter des Posener Farbenkopfes.

Falsche Tausendmarkscheine. Im Verkehr sind, polnischen Blättern zufolge, falsche Tausendmarkscheine der 2. Emission mit dem Datum vom 23. August 1919 erschienen. Der Schein ist aus dickem weichen Papier hergestellt und mit künstlich aufgedruckten Wasserzeichen versehen. Der Druck des Textes ist ungleich, die größeren Buchstaben sind mißgestaltet. Das Bild Kosciuszkos zeigt keine regelrechte Schattierung. Die Zahlen der Ziffer 1000 sind auf der zweiten Seite nicht gleich, hauptsächlich die erste. Der Untergrund des Druckes ist verschieden. Das Netz des falschen Scheines ist unregelmäßig und lilafarben, während es auf den echten Scheinen sandfarbig ist. Die Zusammenstellung der Blumen und Laubgewinde hebt sich nicht hervor. Beide Seiten der falschen Scheine unterscheiden sich von den echten durch die Farbe und die ganze Ausarbeitung, was sie leicht erkennbar macht.

X **Butterpreis.** Der Preis der Butter in Großhandel betrug in der Woche vom 27. März bis zum 1. April 980—1000 M. das Pfd.

Nochmalige Warnung vor einem raffinierten Schwindler. Seit einiger Zeit treibt, worauf wir bereits vor einigen Tagen hinwiesen, hier in Posen ein Schwindler sein Wesen, der angibt, aus Sralkowo oder Szczypiorno (Internierungslager) entflohen zu sein. Er will sich angeblich mit noch mehreren Kameraden in den Wäldern der Umgegend versteckt halten, und bittet die Einwohner der Stadt um Kleidungsstücke und Nahrung, wobei er sich auf Posener Geistliche beruft. Besonderes Kennzeichen an ihm ist der schiefe Mund. Im Betretungsfalle wird abermals gebeten, ihn festnehmen zu lassen.

---

* **Kolmar, 27. März.** Der 10jährige Sohn des Besitzers Wroczka in Zachasberg bei Kolmar, der in der Nähe der Eisenbahn wohnt, spielte zwischen zwei Waggons. Eine herankommende Lokomotive rückte die Waggons zusammen, wobei der Knabe mit dem Kopf zwischen die Puffer kam. Er war sofort tot.

* **Rawitsch, 29. März.** Was sich alte Leute so oft wünschen, ist dem hochbetagten Ehepaar Wilhelm und Mathilde Pohl hier zuteil geworden, indem Mann und Frau am Montag ihre müden Augen für dieses Leben schließen

Kredit der Worte.

Von Alexander von Gleichen-Rußwurm-München.

Unseren Worten, den menschlichen Worten, geht es genau wie den Menschen selbst. Jedes einzelne hat sein Schicksal. Es erfährt oder verliert Wertung, ist einmal frisch und jung, dann auf einmal abgebraucht und gewinnt oder verliert sein Ansehen; es sagt viel oder sagt nichts.

Wie unsere Währung steigt es oder fällt. Eigentlich bildet es ja ein Währungszeichen für den Gedanken, denn adäquat wird es dem Gedanken nie, es tritt nur für ihn ein, steht gut für ihn, um den nötigen Tauschverkehr zwischen Gehirn und Gehirn zu vermitteln, von ähnlichem Nutzen für den Umlauf geistiger Schätze wie die Währung für den Umlauf greifbarer Güter.

Um den vielleicht fruchtbaren Vergleich noch einen Augenblick festzuhalten, sei hinzugefügt: Das Wort gilt oder gilt nicht, das Wort hat Kredit oder Mißkredit. Und je nach diesem Kredit oder Mißkredit werden Schicksale bestimmt.

Denn was ist das Wort anders als die jeweilige Währung des Gedankens, ein Ausdrucks- und Wertungsmittel für seine Gegenüberstellungen, sein Messen, Wägen, Urteilen, Fordern, Handeln und dramatisch Verhandeln mit anderen geheimnisvoll vermummten Gedankenwesen?

Was ist es anderes als Bewerten, Tauschen und Täuschen im Namen des Gedankens!

Der Gedanke — das Bedürfnis jenes Bewertens, Wägens, Handelns, jenes Austausches, jener chemischen Verbindungen geistiger Substanzen — ist ewig, nur die Währung wechselt; die Münze des Worts wird schartig oder durch ein minderwertiges Zeichen ersetzt, das den Kredit verliert, das, zu tiefst entwertet, fast nichts mehr kauft.

Weil wir uns keinen rechten Begriff des jeweiligen Wertes von Ware und Wertzeichen, von Tausch und Tauschmittel, von Recht und Billig, von Schlecht und Billig machen können, ist die wirtschaftliche Geschichte der Welt so schwer zu verstehen. Man hat versucht, alles auf die Einheit des Getreidemaßes zurückzuführen, um diese Geschichte dem Verständnis näher zu bringen. Doch im Laufe der Tatsachen ist der Kredit der Wertzeichen noch nicht ergründet — und ebensowenig der Kredit schicksalsmächtiger Worte, von denen hinwiederum letzten Endes dieser Kredit abhängt.

Denn schließlich sind es einige wenige Worte, die als Thrannen emporschießen, da sie Volksgunst zu erringen verstanden. Alle müssen sich vor ihnen beugen, weil sie — im Besitz dieser Gunst — unendlichen Kredit haben. Denen aber, die Kredit haben, zu borgen, ist immer ein gutes Geschäft und wird noch außerdem als Ehre angesehen. Es läßt sich viel anlegen bei solchen kreditfähigen Worten, mögen sie Tugend heißen oder Kultur, mögen sie sich Frömmigkeit oder Patriotismus nennen, mögen sie Ordnung oder Umsturz bedeuten, wenn man nur die richtige Zeit wählt, in der sie gerade Geltung haben.

Wer gibt solchem Wort die Macht und wer entthront es? Wer flößt ihm Kraft ein, und wer erniedrigt es zur Phrase? Wer läßt bei seinem Klang die Herzen höher schlagen, und wer ist schuld, daß es mitleidig belächelt oder laut verhöhnt wird, wenn es seine Rolle ausgespielt hat?

Die ist ein bedeutungsvolleres Problem, als im ersten Augenblick angenommen wird, denn Mißverständnis bis zur schwerwiegendsten Art entwickelt sich daraus, daß man ein Wort für voll nimmt, das bereits leer geworden ist und ihm Vertrauen schenkt, obwohl es nur den trügerischen Schein einstigen Wertes vortäuscht.

Man muß ein musikalisch feines Ohr haben, um zu merken, wo der goldene Klang eines Wortes schweigt, und statt dessen der blecherne Ton der Phrase sich laut macht. Im lärmenden Streit der Weltanschauungen, der politischen Fragen, der künstlerischen Problemstellungen verhört man sich leicht und gibt dann noch Kredit, wo der Bankerott bereits im Anzug ist. Wenn Ideen Bankerott machen, verliert ihre Wortwährung die Geltung und ihre Sprüche gleichen den Assignaten, mit denen die französische Revolutionswirtschaft zugrunde ging. Denn jeder Kredit, mag er Dinge erfassen, die mit Händen zu greifen sind, oder Ideen beleihen, die das Wort ausdrückt, ist nur dann ein Zaubermittel, wenn der Zauber verständig angewandt wird, aber nicht übertrieben oder mit gewaltsamen Mitteln.

Hier löst sich die vorhin aufgeworfene Frage. Der Zauberer, der dem Worte die Kraft gibt, ist der Dichter, der Redner, der große Staatsmann, hinter dessen Gestalt durch seinen Schöpferwillen ein tragfähiger Gedanke steht. Er gewinnt Bedeutung und Einfluß durch die Wahl der Worte, die er seinem Gedanken gibt. Er prägt die Münze.

Aber ist diese angegriffen, ist sein Wort in den Mund derer gekommen, die keinen eigenen Gedanken mehr damit verbinden, dann schwirrt und flattert es durch die Welt wie Papierscheine, denen die Deckung fehlt, und die Zeit bedarf eines neuen Gedankens, mit neuer Prägung, um wieder etwas zu haben, an das sie glaubt, dem sie Kredit gewähren kann und dessen Wert von Gehirn zu Gehirn verfrachtet wird— ohne daß einer fürchten muß, leer auszugehen. —

Aber Vorsicht ist am Platz wie bei jedem Kredit, denn wir sind allzuoft getäuscht worden im leichtgläubig naiven Vertrauen.

Zeitschriften.

Deutsche Rundschau, herausgegeben von Rudolf Pechel (Verlag von Gebrüder Patel, Berlin). Die ersten drei Hefte des Jahrgangs 1922 (Januar, Februar, März) bringen an politischen Aufsätzen und Betrachtungen über Zeitfragen: „Frankreich und die „deutsche Propaganda" von Justus Keller, „Die geopolitische Tragweite der Rheinfrage" von Karl Haushofer, „Die Vlamen und der Rhein" von W. von Unger, „Die militärischen Leistungen Amerikas im Weltkriege" von Georg Zwehl, „Noch einmal die Schuldfrage" (Verantwortlichkeiten VI) von Richard Kehl, „Viribus unitis" von Edwin Emerson (eine Betrachtung über die Möglichkeit eines fruchtbaren Zusammengehens aller unterdrückten Völker an der Hand der Freiheitsgeschichte der Vereinigten Staaten). Die schöne Literatur ist vertreten durch den im Januarheft beginnenden und im Märzheft zum Abschluß gelangenden Roman „Die Frage" von Otto Gysan. Aus dem sonstigen Inhalt sei erwähnt die Untersuchung über die Lebensanschauung des Inders von Benoy Kumer Sarkar, ein feinsinniger Aufsatz über Ithaka von Theodor Däubler, ein Abschnitt aus der Selbstbiographie des Staatsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen, eine Charakteristik des Jugendfreundes Heines, Johann Baptist Rousseau, von Heinrich Schiffers, „Der Engelpapst im Volksglauben und in der Prophetie des Mittelalters" von Kl. Löffler, „Liszts Rücktritt von der weimarischen Opernleitung" von Eduard von Bamberg, philosophische Aufsätze und Besprechungen von J. von Uexküll (Mensch und Gott, Leben und Tod), „Tafelrunde mit E. T. A. Hoffmann" von Rudolf von Berger. Thomas Mann macht im Märzheft Goethe und Tolstoi zum Gegenstand einer tiefeindringenden Untersuchung der deutschen und der russischen und — weiterdringend — der europäischen und der asiatischen Seele überhaupt. Das Problem vertiefend, versucht der Verfasser Schicksal und Aufgabe der russischen und der deutschen Kultur zu deuten. Der Kern der russischen Revolution und zugleich der Kern des Wesens Tolstois ist ihm die Abkehr von Europa, die Heimkehr nach Asien, — den naturgegebenen Weg und die hohe Sendung deutschen Strebens sieht er in der Sinnerfüllung und Durchseelung des Begriffs „Europa", was ihm gleichbedeutend ist mit der Erfüllung Goethischen Wollens. — Aufsätze über das Grenz- und Auslandsdeutschtum, literarische Notizen und Übersichten und politische Rundblicke vervollständigen in gewohnter Weise den reichen Inhalt der Rundschau-Hefte.

Danziger Heimatwarte, Zeitschrift für deutsches Volkstum und deutsche Kultur im Osten, herausgegeben vom Danziger Heimatdienst (E. V.). Die am 15. März erschienene Nr. 6 des vierten Jahrgangs der Heimatwarte bringt an erster Stelle einen Aufsatz von Dr. B. Frederich („Aus eigener Kraft?"), der sich gegen die systematische Verächtlichmachung und Verhöhnung alles Deutschen in der Danziger polnischen Presse wendet, an zweiter Stelle eine Betrachtung des Archivdirektors Dr. Kaufmann über das frühere und das neue Danzig, — einen Hinweis auf die Unzulässigkeit der unkritischen Ausnutzung der Lebenserinnerungen der Johanna Schopenhauer. Ein Aufsatz unter der Überschrift „Kirchlicher Würdenträger und politischer Abenteurer" handelt von dem Warschauer Generalsuperintendenten Julius Bursche und der von ihm geplanten „Evangelischen Vereinigung". Den übrigen Inhalt des Heftes bildet ein mit viel Humor geschriebener Brief aus Pommerellen, eine Abhandlung über Sagen aus Danzigs Umgebung (von Anna Sauerhering) und eine Bücher- und Zeitschriftenschau.

Die Nr. 12 der „Gartenlaube" (13. März 1922) bringt reichen Unterhaltungsstoff: außer der Fortsetzung des Romans „Das Fräulein von Güldenfeld" eine historisch-sportliche Betrachtung („Circenses") von Helmuth Runge, eine Abhandlung über den Schlag der Nachtigall von Cornel Schmidt, persönliche Erinnerungen an Rosegger von Emil Ertl, „Meine Erfahrungen mit Pio Nono" von Ferdinand Grautoff, „Blätter und Blüten", eine illustrierte Wochenschau und die wie immer inhaltsreiche Beilage „Die Welt der Frau". Der Wert des Heftes wird durch zahlreiche Illustrationen erhöht. (Die „Gartenlaube" ist jetzt mit „Die weite Welt" und „Vom Fels zum Meer" vereinigt und erscheint im Verlage von Ernst Keil in Leipzig.)

durften. Beide sind im Jahre 1846 geboren und durften am 3. Oktober 1917 ihr goldenes Ehejubiläum begehen.

* **Thorn, 30. März.** Die nach Beendigung des Streiks auf Grund des neuen Lohntarifs ab Beginn der Arbeitsaufnahme zu zahlenden Stundenlöhne sind folgende: Handwerker, die ersten zwei Jahre nach der Lehrzeit (bis zum 20. Lebensjahre) 115, über 20 Jahre 125 M., Verheiratete 150 M., von 2 bis 4 Jahren 155, über 4 Jahre 175 M.; ausgelernte Handwerker 152,50 M., von 16 bis 18 Jahren 60 M., von 18 bis 21 Jahren 100 M., über 21 Jahre 130 M., Verheiratete 150 M.; Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren 45 M., von 18 bis 21 Jahren 65 M., über 21 Jahre 90 M., Witwen mit einem oder mehreren Kindern 110 M. Kutscher erhalten die Woche 700 M. Futtergeldzulage. Die Arbeitnehmer im Landkreise erhalten 20 v. H. weniger vom oben aufgeführten Tarif.

* **Kulmsee, 27. März.** Für die hiesigen Armen beschloß die Firma „Rolnik" G. m. b. H. in Culmsee in ihrer Hauptversammlung 100 Zentner Mehl zu spenden. Die Stiftung erfolgte auf Betreiben des hiesigen Bürgermeisters.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Thorn, 31. März. Drei Mörder zum Tode verurteilt.** Das Bezirksgericht hatte die Mörder der Familie Schönig abzuurteilen. Am 21. November 1920 erschienen bei der Familie Schönig in Dębowa Łąka, Kreis Briesen, gegen 10 Uhr abends drei maskierte Männer, töteten den Schönig durch Axthiebe, die Tochter durch Kopfschuß und verwundeten die Frau durch mehrere Schüsse auf das schwerste. In der Annahme, daß auch ihr letztes Opfer tot sei, durchsuchten sie in aller Ruhe die ganze Wohnung, raubten das bare Geld und die Wertsachen und verschwanden. Erst später, als sie bereits auf die Liste der nach Frankreich abreisenden Arbeiter gesetzt worden waren, lenkten sie durch ungewöhnliche Ausgaben den Verdacht auf sich. Eine Haussuchung ergab ihre Schuld. Das Bezirksgericht verurteilte alle drei Täter, Raczkowski, Dejewski und Bielicki zum Tode und zu mehreren Jahren Gefängnis.

* **Danzig, 29. März. Billige Mäntel.** Der Konditor Johann Breimakowski aus Posen kam nach Danzig, und hier ging er mit einem anderen jetzt unbekannt verzogenen Manne aus, um auf billigstem und einfachstem Wege Mäntel zu erwerben. Die beiden gingen in eine Gastwirtschaft, forderten etwas zu trinken, sahen sich um, wo Mäntel hingen, und als sie fortgingen, zog jeder einen Mantel an, und sie verschwanden. Ohne Mantel waren sie gekommen und mit Mantel verließen sie den Ort. Breimakowski stand nun vor dem Schöffengericht, das den Angeklagten wegen Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis verurteilte.

* **Königsberg i. Pr., 30. März.** Wegen Verbrechens wider das keimende Leben verhandelte das Schwurgericht gegen die Kaufmannsfrau Gertrud Piotrowski. Die Eingriffe wurden von ihr gewerbsmäßig betrieben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete mit der Verurteilung zu zwei Jahren Zuchthaus.

Bädernachrichten.

= **Bad Elster** eröffnet seinen vollen Sommerbetrieb am 15. d. Mts. Alle Hände seiner Bewohner sind rege, dem Kurort sein sauberes und schmuckes Gewand für die Frühlingskur anzulegen. Die ausgedehnten Nadelwaldungen Bad Elsters haben zwar nicht nötig, auf ihr grünes Kleid zu warten, da sie es jahraus und ein tragen, aber auch sie rüsten sich zu neuen Trieben, durch deren ozonreiche Ausdünstungen sie die reine, erfrischende Luft des Elstertales würzen. Die anerkannten und vielfach bewährten Moor- und kohlensauren Stahlbäder Bad Elsters, sowie die Trinkkur der Stahl- und Salzquellen bilden den Mittelpunkt der Kur. Eine Frühlingskur hat außer dem Genuß am Erwachen der Natur den Vorzug, daß nach ihrer Beendigung der Sommer vor der Türe steht und dazu beiträgt, ihren Erfolg zu festigen. Näheres siehe im heutigen Anzeigenteile.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. Sch. in Posen. Bei allen den bisherigen Mitteilungen über die zukünftig zugelassenen Mietssteigerungen handelt es sich, wie aus der Fassung der Notizen deutlich hervorgeht, keineswegs um schon rechtskräftig gewordene Sejmbeschlüsse, sondern nur um Vorschläge der für diesen Zweck eingesetzten Kommission. Sie sind daher als Hausbesitzer nicht berechtigt, auf Grund dieser Vorschläge schon jetzt die Mietssteigerungen vorzunehmen, da zurzeit noch das Mieterschutzgesetz vom 18. Dezember 1920 in Geltung ist, das nur eine Verdoppelung bis Vervierfachung der Friedensmiete zuläßt.

H. H. in G. Das von uns im September 1920 veröffentlichte Verzeichnis der gesetzlichen Feiertage in Posen ist uns selbstredend bekannt. Es handelte sich aber um eine tatsächlich nicht richtige Anordnung, die nicht nur in der Stadt Posen große Verwirrung angerichtet hat.

Wwe. W. N. in G. Da nach Ihrer Darstellung der Preis für den Wagen endgültig verabredet worden ist, sind Sie nicht verpflichtet, dem Fabrikanten dafür nachträglich einen höheren Preis zu bezahlen. Sie können es unseres Erachtens ruhig auf einen Prozeß ankommen lassen.

F. P. Sz. 1. Diese Frage läßt sich gegenwärtig überhaupt noch nicht beantworten, da sie Gegenstand noch schwebender Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland ist. Warten Sie weiter ab. 2. Siehe unten. 3. Die Emigrantensteuer beträgt die Hälfte des Vermögens. 4. So etwas gibt es zurzeit überhaupt nicht, ist wohl auch kaum zu befürchten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Poznań.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die Tabakindustrie in Großpolen.

Die Tabakfabrikation in Großpolen bestand bereits im 18. Jahrhundert. Damals handelte es sich ausschließlich um die Herstellung von Schnupftabak. Rawitsch, Gnesen, Lissa und Bromberg waren die führenden Orte für diese Fabrikation, die später, den Zeitumständen Rechnung tragend, auf ein Minimum zurückging. Die Zigarrenindustrie machte sich Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre seßhaft. Sie hätte weit größere Entwicklung nehmen können, wenn nicht früher auch hier nach der Sitte gehandelt worden wäre: „Der Prophet im Lande gilt nichts." Die in der Provinz Posen ansässigen Fabriken setzten bei der Güte ihres Fabrikates den größten Teil ihrer Fabrikation in Mittel- und Norddeutschland ab, während die westfälische, süddeutsche und sächsische Zigarrenindustrie große Quantitäten hierher lieferten. Hätten die hiesigen Bewohner für unsere Heimatindustrie größeres Interesse gezeigt und hiesiges Fabrikat bevorzugt, nicht erst während des deutschen Krieges, so hätte sich die Zigarrenindustrie in weit größerem Umfange eingebürgert, als es tatsächlich heute der Fall ist, und dann hätten viele Tausende Arbeiter mehr in dieser Industrie Beschäftigung finden können, als es in Wirklichkeit geschah. In den früheren Jahren wurden in den Strafanstalten und Zuchthäusern Rawitsch, Bojanowo und Kosten etwa 800 Personen für die Zigarrenindustrie beschäftigt. Durch ständigen Wechsel dieser Arbeitskräfte, Herstellung minderwertiger Ware durch schlechte Arbeit, Unterbietung des freien Arbeiters wurden zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges im Interesse des freien Arbeiters alle Verträge gelöst, denn man erkannte es als unsozial, daß der freie Arbeiter durch einen der Freiheit beraubten, der Zigarrenindustrie zwangsweise zugeführten Arbeiter im Lohn gedrückt wurde. Die Lösung der Verträge mit den Strafanstalten war schon im Interesse des Rauchers eine Notwendigkeit. Gute Arbeit konnte in den Strafanstalten nicht geleistet werden. Damit gutes Fabrikat geliefert wurde, war eine freie Industrie nötig, und auch diese brauchte Jahrzehnte, um die Höhe zu erreichen, auf der sie heute in Polen steht. Um die hochentwickelte Zigarrenindustrie in Gegenden traditionell seßhaft zu machen, gehören mehrere Generationen. Diese Tatsache finden wir in Westfalen, Süddeutschland und Sachsen am besten bestätigt.

Seit dem politischen Umschwunge im November 1918 verarbeitet die Zigarrenindustrie Polens, bis auf ganz kleine Unternehmungen, rein überseeische Tabake im Gegensatz zu Deutschland. Dort werden etwa 300 000—400 000 Ztr. Inlandstabak verarbeitet, und da die Ernte in dem letzten Jahre recht schlecht war, so bedeutet dies, daß der Zigarrenraucher in Polen weit bessere Qualitäten raucht, als es in Deutschland der Fall ist. Die Ansprüche des Zigarrenrauchers sind hier auch außerordentlich groß, so daß die Zigarrenindustrie auch große Anstrengungen macht, um den Wünschen der Konsumenten Rechnung zu tragen. Um die Zigarre hier nicht aussterben zu lassen, ist neuerdings der Versuch gemacht worden, Zigarillos zu fabrizieren, die im Volumen wesentlich kleiner und billiger als die Zigarre sind. Da in dem Zigarillopreis ein großer Bestandteil reines Arbeitslohn im Gegensatz zur Zigarette, die mit der Maschine hergestellt wird, enthalten ist, so ist es natürlich, daß die Zigarillo teurer ist als die Zigarette. Mit Rücksicht auf die ungeheure Differenz der für Zigarre, Zigarillo und der Zigarette in Betracht kommenden Löhne ist eine geringere steuerliche Belastung der notleidenden Zigarre eine Notwendigkeit, und die Zigarettenindustrie hat für diese Notwendigkeit völliges Verständnis.

Hat die Zigarrenindustrie die Schnupftabakindustrie abgelöst, so besteht jetzt die bedauerliche Tatsache, daß die Zigarettenindustrie die der Zigarre bedeutend überflügelt hat. Werden auch heute noch in der Zigarrenindustrie mehr Arbeitskräfte als in der Zigarettenindustrie beschäftigt, so ist die Zigarettenfabrikation auf Grund ihrer hervorragenden Maschinen in der Lage, ungeheure Quantitäten zu produzieren. Im Zeitalter des nervösen Rauchers wird die Zigarette der Zigarre bevorzugt. Es kommt dazu, daß das Zigarrenrauchen kostspieliger ist. Schon dadurch kommt die Zigarrenindustrie gegenüber der Zigarettenindustrie in Nachteil. Die Monopolisierung der Zigarrenfabrikation würde diese volkswirtschaftlich sehr wichtige Industrie noch schwerer gefährden.

Das Weiterbestehen der Zigarrenindustrie als einer freien Industrie ist der Wunsch nicht nur aller hier in Polen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch der Kommune, von denen schon mehrere (darunter auch Posen) ihrer Ansicht über diese Frage klaren Ausdruck gegeben hat.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz.

Aus einem Privatbrief (aus Zürich an einen in Posen lebenden Schweizer) vom 20. März 1922:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns sind alles eher als günstig. Die Lage ist total zerfahren, sowohl für den Fabrikanten als für den Arbeiter, wie auch für Produzent und Konsument. Die Arbeitslosigkeit nimmt stets zu, statt ab. Der Export liegt vollständig lahm. Der Inlandsverbrauch sinkt tagtäglich. Die großen Massen haben kein Geld mehr. Der Konsument ist in beständigem Kampfe mit den Landwirten. Wir besitzen enorme Käselager, Lager, die sich im Laufe des Sommers noch ganz erheblich vergrößern werden oder besser vergrößern müssen. Der Milchüberfluß wird allgemach zu einer Kalamität. Nestle, alle Schokoladenfabriken usw. haben den Milchverbänden die Verträge gekündigt. Tobler in Bern verkäst seine überschüssige Milch selber. Trotzdem ist der Preis für den Käse immer noch zu teuer. Der einfache Mann kann sich denselben unmöglich als tägliches Nahrungsmittel leisten. Und zu diesen einfachen Leuten muß sich heute gar mancher zählen, der es früher nicht tun brauchte. Auch bei den übrigen Lebensmitteln geht der Abbau äußerst langsam vorwärts. Dafür macht man um so rascher beim Lohnabbau. Als ganz spezielle Preishochhalter gelten die Bundesmonopole, die aus fiskalischen Gründen nicht so rasch abgebaut werden können. Sehr hoch im „Kurs" stehen sodann die Wohnungen. Das eidgenössische Finanzamt berechnet den Durchschnittspreis für eine Dreizimmerwohnung in der Stadt Zürich auf 1170 Franken. Aber wenn man eine Wohnung zu diesem Preise haben wollte, müßte man lange warten, fast bis zum jüngsten Tag. Solche Wohnungen sind gar nie frei, und wenn einmal eine frei wird, wird sie unter der Hand verhandelt mit Aufgeld. Erhältlich sind Dreizimmerwohnungen allgemein erst bei 1400 Franken bis zu 3000 Franken, unmöbliert. Natürlich besteht bei uns der Mieterschutz. Mein Hausnachbar hat wegen Mietzinswucher vor einem halben Jahre drei Wochen Gefängnis abgesessen. Die Hausbesitzer sind aus verständlichen Gründen schon lange gegen dieses Gesetz; aber vorläufig läßt sich wohl kaum etwas machen.

Vor allem tobt im jetzigen Moment ein heftiger Kampf zwischen Bauer und Konsument. Dem Bauer hat es naturgemäß bei den Kriegspreisen ganz gut gefallen. Das ist ja gut begreiflich. Aber dann vergaß er abzubauen. Und nun sollen plötzlich die großen Preisstürze erfolgen, und das paßt den Herren selbstverständlich nicht. Vor dem Kriege war der Bauer gewiß zu wenig bezahlt für seine Arbeit, und jedermann verlangt schließlich eine angemessene Entlohnung für seine Arbeit. Nun aber geschieht es dank der Politik eines Dr. Laur, daß, wenn die Grenzen nicht sozusagen hermetisch abgeschlossen worden wären, die Bauern längst nicht mehr auf die Vorkriegspreise kommen würden. Der Konsument verlangt Öffnung der Grenzen, der Bauer Schließung. Früher haben die Sozialisten Staatsmonopole verlangt; heute sind es die Bauern, die das Getreidemonopol erstreben. Sie wissen, warum. Heute bezahlt der Bund dem Bauer für 100 Kilo Getreide 57 Franken; der Bauer aber wie der Kaufmann bezahlen der Mühle für das ganz gleiche Quantum, aber gemahlen, 36 Franken. Die Detaillisten wollen ebenfalls Entschädigung vom Papa Bund. Ansonst sie einen anständigen Preisabbau nicht durchzuführen in der Lage wären. Die Hoteliers haben eine solche bereits bekommen. So kommt einer nach dem anderen; alles schimpft über die hohen Steuern, und alles saugt an der Bundeskuh.

Post, Bahn, Telegraph, alle arbeiten mit großen Defiziten. Nur die Banken und Bierbrauereien lachen ins Fäustchen und erholen sich an der niederen Valuta. Ein paar wenige dieser Institute verkrachen; aber der größere Teil ist munter und voll Freuden wie noch selten.

Aber sonst fallieren sehr viele kleine Geschäfte, speziell elektrotechnische.

Handelsnachrichten aus Polen.

= **Bank Centralny, T. A. in Posen.** Am 28. März d. J. fand im Sitzungssaale der Industrie- und Handelskammer eine ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Zentralbank, Aktiengesellschaft in Posen, Alter Markt 58, statt. Vertreten waren etwa zwei Drittel des Stammkapitals. Die Sitzung eröffnete der Präsident des Aufsichtsrats, Herr K. Leporowski aus Schroda. Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit der Versammlung erstattete Direktor Miskiewicz Bericht über die Tätigkeit der Bank. Der Gesamtumsatz betrug mehr als 4 Milliarden Mark, bei 5 Millionen Mark Stammkapital. Die Einlagen stiegen bis auf etwa 70 Millionen Mark. Es wurde beschlossen, von dem Reingewinn, der 3 500 000 Mark betrug, 15 Prozent Dividende und 10 Prozent Bons, zusammen 25 Prozent zu verteilen. Dem Reservefonds wurden 200 000 Mark überwiesen, auf die Danina entfielen 1 Million Mark, für Wohltätigkeitszwecke wurden mehr als 100 000 M. gestiftet. Wegen der bedeutenden Erhöhung der Bankoperationen wurde beschlossen, das Stammkapital auf 10 Millionen Mark durch Ausgabe von 5000 Aktien zu 1000 Mark zu erhöhen. Jede Aktie erster, zweiter und dritter Emission berechtigt zur Erwerbung einer neuen Aktie zum Kurse von 115 Prozent. In den Aufsichtsrat wurde an Stelle zurücktretender Mitglieder Herr Józef Klewenhagen aus Posen gewählt.

= **Das polnische Telephonwesen auf gemischt-wirtschaftlicher Grundlage.** Bislang wurde das Telephon in Polen staatlich betrieben, mit Ausnahme des Warschauer Telephonnetzes, dessen Anlagen und Betrieb auf Grund früherer russischer Konzessionen der schwedischen Telephongesellschaft Cedergren gehörte. Im April dieses Jahres tritt auf 25 Jahre ein Vertrag in Kraft, der den gesamten polnischen Telephonbetrieb und sämtliche Anlagen einer polnischen Telephonaktiengesellschaft überträgt. Die Aktien werden zu drei Siebentel von Cedergren, zu drei Siebentel vom polnischen Staat übernommen, während ein Siebentel in Abschnitten zu 1000 franz. Francs freihändig verkauft wird. Der Staat bringt als Einlage sein Telephonnetz ein, das auf 8 Millionen franz. Francs geschätzt ist. Cedergren bringt das Warschauer Netz ein, das mit 15 Millionen schwed. Kronen eingesetzt wird; außerdem bringt Cedergren 8 Millionen franz. Francs in bar auf, mit deren Hilfe binnen fünf Jahren das polnische Telephonnetz ausgebaut werden muß.

= **Die Rohstoffeinfuhr nach Lodz.** Auf Grund amtlicher Feststellungen stellt sich die Rohstoffeinfuhr nach Lodz im Jahre 1921 folgendermaßen dar: Im ersten Halbjahr 1921 kamen mit der Eisenbahn an: Baumwolle 18 514 940 Kilogramm, Wolle 6 586 900 Kilogramm, insgesamt etwa 2300 Waggons. Im zweiten Halbjahr trafen ein: Wolle 6 299 317 Kilogramm, Baumwolle 21 590 485 Kilogramm oder 2760 Waggons. Insgesamt hat Lodz im vergangenen Jahre 40 105 425 Kilogramm Baumwolle und 12 986 217 Kilogramm Wolle verarbeitet. Diese Ziffern bezeichnen nur die Rohstoffmenge, welche auf den Stationen in Lodz ausgeladen worden ist. Die Fabriken in Zgierz, Papjanice und Tomaszow sind hierbei nicht berücksichtigt.

= **Gründung einer Hotel-Bau-Aktien-Gesellschaft in Warschau.** Trotz der großen Schwierigkeiten, mit denen die polnische Bauindustrie zu rechnen hat, scheint auch auf diesem Gebiet eine Belebung Platz greifen zu wollen. So ist neuerdings in Warschau mit einem Kapital von 30 Millionen Mark die „Gesellschaft für den Bau von Hotels und Pensionaten Cassubia A.-G." (Tow. Budowy Hoteli i Pensjonatów Cassubia S. A.) gegründet worden. Zu den Gründern gehören die Warschauer City-Bank, die erste polnische Seebadgesellschaft und die Starostei in Neustadt (Wejherowo).

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

= **Die chemische Fabrik Milch A.-G. in Oranienburg** versandte ihren Geschäftsbericht für 1920/21, aus dem hervorgeht, daß im Berichtsjahr der Betrieb der Werke trotz mancherlei Schwierigkeiten ohne größere Störungen verlief. Für die Superphosphat-Erzeugung standen größere Mengen von ausländischen Rohphosphaten zur Verfügung als im Vorjahre, so daß die Anlagen besser ausgenützt werden konnten. Der Absatz vollzog sich glatt und war nur gegen Ende des Geschäftsjahres durch Waggonmangel behindert. In den anderen Abteilungen hielt sich die Erzeugung etwa auf der vorjährigen Höhe. Im laufenden Geschäftsjahr ist bisher der Absatz der Erzeugnisse ein befriedigender gewesen. Für die Zukunft sind die Aussichten noch ungewiß. Die Beschaffung ausländischer Rohstoffe ist durch die starke Steigerung der Auslandsdevisen sehr erschwert. Im Berichtsjahre wurden 4 700 000 Mark neue Aktien ausgegeben. Davon wurden 2 900 000 M. den alten Aktionären zu 150 Prozent zum Bezuge angeboten, der Rest wurde anderweitig begeben. Das Aufgeld nach Abzug der Unkosten ist mit 3 618 339,90 M. dem Reservefondskonto zugeflossen. — Die neuen Aktien sind zum Handel an der Berliner Börse im Juni 1921 zugelassen worden und nehmen an dem Erträgnis des abgelaufenen Jahres teil. Von den zur Rückzahlung zum 1. Oktober 1920 gekündigten Teilschuldverschreibungen waren am Ende des Geschäftsjahres noch 60 000 M. zur Einlösung nicht vorgelegt. Das Effektenkonto hat sich durch Verkäufe und Minderbewertungen weiter verringert. Der Reingewinn des Jahres 1920/21 betrug ohne den vorjährigen Vortrag (643 332,66 M.) 3 189 642,98 M.

= **Der Erfolg der Leipziger Messe.** Unter Zugrundelegung der Anschreibungen des Messeamtes für die Mustermesse Leipzig über ausgegebene Messeabzeichen und Messeausweise ist festgestellt, daß mindestens 155 000 geschäftliche Besucher auf der soeben aufs erfolgreichste zu Ende gegangenen Leipziger Frühjahrsmesse geweilt haben. Rechnet man noch die Ausweise hinzu, die als Ehrenabzeichen, ferner als Studenten- bzw. Schüler-, als Dienstkarten für Angestellte der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und als Arbeiterkarten ausgegeben worden sind, sowie diejenigen Karten, die an den Verlängerungstagen der technischen Messe ausgegeben worden sind, so kommt man der Gesamtzahl von 200 000 Messebesuchern sehr nahe. Unter Berücksichtigung der polizeilichen Anmeldung kann die in der Gesamtziffer enthaltene Zahl der ausländischen Messebesucher auf gegen 32 000 angegeben werden.

= **Danziger Privat-Aktien-Bank.** Der Verwaltungsrat der Danziger Privat-Aktien-Bank hat auf Antrag des Vorstandes beschlossen, der am 20. April d. Js. stattfindenden ordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 30 000 000 M. auf 80 000 000 M. vorzuschlagen. Die neuen Aktien werden von der Berliner Handels-Gesellschaft übernommen und in Höhe eines Teilbetrages von 25 000 000 M. den alten Aktionären zum Bezuge angeboten werden. Die näheren Einzelheiten werden seinerzeit noch bekannt gegeben werden. — In der Sitzung des Verwaltungsrats am 29. März 1922 wurde die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1921 vorgelegt und beschlossen, nach reichlichen Rückstellungen der am 20. April stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12½ Prozent (10 Prozent im Vorjahre) vorzuschlagen. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung steht auch ein Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Grundkapitals von 50 Millionen auf 80 Millionen Mark. Zu Abteilungsdirektoren wurden ernannt die Prokuristen Paul Lippmann und Kurt Röcke. Kollektiv-Prokura erhielten die Herren Kurt Groth, Rudolf Jacobi, Franz Pieczynski, Franz Segger, Richard Struck, Karl Werner bei der Zentrale, Herr Erich Murawski, bei der Zweiganstalt in Stolp i. P. Ferner wurden zu Bevollmächtigten der Zentrale die Herren Rudolf Bernicke, Hans Geerdts, Erwin Rehbinder und Franz Spode ernannt.

= **Landwirtschaftliche Ausstellung in Prag.** Der Landwirtschaftliche Verband der tschechoslowakischen Republik veranstaltet, wie alljährlich, auch in diesem Jahre in der Zeit vom 13. bis 17. Mai 1922, am Ausstellungsplatze im Königlichen Tiergarten in Prag eine landwirtschaftliche Ausstellung. Diese Ausstellung hat die Aufgabe, ein Bild der gegenwärtigen Verhältnisse der landwirtschaftlichen und landwirtschaftlich-industriellen Produktion der ganzen Republik darzustellen. Sie soll auf den weiteren landwirtschaftlichen Fortschritt erziehend einwirken und auch den direkten Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten vermitteln. Die Ausstellung wird in folgende Hauptgruppen eingeteilt: 1. Landeskultur im allgemeinen. 2. Pflanzenproduktion. 3. Waldproduktion. 4. Tierische Produktion. 5. Landwirtschaftliche Industrie. 6. Landwirtschaftliche Maschinen. 7. Landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Produkte und landwirtschaftliches Gewerbe. 8. Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen. 9. Landwirtschaftliches Bauwesen. — Dazu folgende besondere Ausstellungen: 1. Gerste- und Hopfenausstellung. 2. Ausstellung „Die Milch". 3. Kartoffel- und Kartoffelproduktenausstellung. 4. Ausstellung der tschechoslowakischen Weine.

= **Errichtung einer Tabakfabrik in Riga.** Nachdem die Fabrik der bekannten Tabak-Aktiengesellschaft „Laferne" in Petersburg der Zerstörung anheimgefallen ist, hat das Unternehmen vor einiger Zeit bereits in Reval eine Tabakfabrik errichtet. Neuerdings plant die Gesellschaft auch in Riga eine Tabakfabrik ins Leben zu rufen. Die ersten Schritte des Planes sind bereits unternommen worden.

= **Die Lage der russischen Papierindustrie.** Im November 1921 waren in Sowjetrußland 5 Zellulosefabriken, 12 Holzmassefabriken, 17 Papierfabriken und 4 Kartonnagefabriken im Gange. Die Papierindustrie beschäftigte insgesamt 15 845 Arbeiter. Es wurden im November 1921 hergestellt 73,8 Tausend Pud Zellulose, 75 Tausend Pud Holzmasse, 169,4 Tausend Pud Papier und 7 Tausend Pud Kartons. Gegenüber dem Monat Oktober ist eine Steigerung der Produktion feststellbar. Auf die einzelnen Sorten verteilt sich die Produktion der russischen Papierindustrie im November folgendermaßen: Zeitungspapier in Rollen 54 Tausend Pud, Schreibpapier 43,3 Tausend Pud, Druckpapier 27 Tausend Pud, Packpapier 14,2 Tausend Pud, Banknotenpapier 10,7 Tausend Pud, Streichholzschachtelpapier 8 Tausend Pud, spezielle Sorten 11,8 Tausend Pud. Erwähnt sei, daß im Oktober 1921 die Produktion von Druckpapier sich auf 42,2 Tausend Pud, diejenige von Banknotenpapier sich auf 13,6 Tausend Pud belief.

= **Rußlands Außenhandel über die Eismeerhäfen.** Die Einfuhr über die Eismeerhäfen nach Rußland hatte im Jahre 1921 einen Werte von 817 800 Pfund Sterling, was in deutsche Währung umgerechnet immerhin rund eine Milliarde Mark ausmacht. Der größte Teil der Lieferungen kam aus England, und zwar fast 2 Mill. Pud (35 000 To.) Kohlen, 874 000 Pud Lebensmittel, bedeutende Mengen Manufakturwaren und Schuhe. Dänemark lieferte 258 000 Pud Mehl, Norwegen 23 500 To. Kohlen (hauptsächlich aus Spitzbergen), 374 700 Pud gesalzene Fische und Heringe und 1,8 Millionen Pud elektrische und photographische Waren. Die Ausfuhr über die Häfen des Weißen Meeres betrug 1921 880 000 Pfund Sterling und richtete sich nach England, Norwegen, Frankreich und Amerika. Die Ausfuhr bestand hauptsächlich aus Holz und Sägewaren, Teer, Leinsaat, Häuten, Pelzwerk und Borsten. Beachtenswert ist, daß die Ausfuhr über das Eismeer größer gewesen ist als die Einfuhr.

Berliner Börsenbericht

vom 31. März

Diskonto-Komm.-Anleihe	495.—	Auszahlung Warschau .	7.[illegible]
Danziger Priv.-Aktienbank	350.—	Polnische Noten	7.55
Ostbank	275.—	Auszahlung Holland . .	115.75
Hartmann Masch.-Aktien	1188.—	„ London . .	1334.—
Phönix	1520.—	„ Neuyork . .	305.—
Schuckert	785.—	„ Paris . . .	2740.—
Hapag	512.75	„ Schweiz . .	5870.—
3½% Pos. Pfandbriefe .	25.—		

Wetterbericht

unseres Wettersachverständigen vom 1. April 1922, früh: 9 Uhr.

Ort	Luftdruck in mm	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.	Witterungszustand	Temperatur (Cels.)	In den letzten 24 Stunden: Höchste Temp.	Tiefste Temp.	Niederschlag in mm
Posen	751.3	WSW	9	Bewölkt	0	+4	—1	0,1
Bromberg	750,5	SW	4	Bewölkt	0	+5	—0,5	2
Warschau	751.5	S	1	Bewölkt	+3	+5	+1	1
Lodz	751 3	S	4	Schnee	+1	+4	0	2
Lemberg	756,4	SO	5	Bewölkt	+3	+7	0	0,1
Danzig	748 4	SW	4	—	+1	+4	—2	3
Berlin	752 6	W	5	Bewölkt	—2	+3	—3	4
Paris	747.5	O	3	Regen	+4	+9	+3	7
Florenz	755.4	NO	1	Bewölkt	+10	—	—	10
Zürich	753,4	SW	4	Bewölkt	+3	—	—	0

Luftdruckverteilung über Europa: Die kleine, über der Nordsee stehende Depression ist nach Osten gewandert und steht augenblicklich über dem Gebiet der Freistadt Danzig, die über Westengland stehende ist südöstlich gezogen und steht mit dem Mittelpunkt über Südfrankreich. Die beiden Hochs lagern noch über Nord- und Südeuropa.

Das Wetter in Posen: Bewölkt, relative Feuchtigkeit der Luft 4 Prozent, Temperatur um 12 Uhr 1,6 über 0; der erst südliche Wind hat sich nach West gedreht und ist stärker geworden.

Voraussichtliches Wetter für den 2. April: Überwiegend bewölkt, stellenweise Regen, Temperatur wenig verändert, merkbare West- und Nordwestwinde.

Bad Elster ab 15. April Sommer-Betrieb

Kur-anstalt Thalheim (vormals San.-Rat Dr Landsberg)
Bad Landeck in Schlesien
Dr. med. Erich Rosenhain
Dr. med. Gertrud Rosenhain-Hammerstein
[3967]

Koch-, Haushaltungs- und Gewerbeschule
nebst Töchterheim von Frau Ida Wende
Inhaberinnen: L. Thomas und J. Rommel, Frankfurt a. O.,
:-: Oderstraße 27 part. Näheres durch Prospekt gegen Porto. :-:
Pensionspreis halbjährig 29 0 Mk. [5903

Koch-, Haushaltungs- und Gewerbeschule
nebst Töchterheim von **Frau Ida Wende,**
Inhaberinnen: L. Thomas u. J. Rommel.
Frankfurt a. Oder, Oderstraße 27, part.
Beginn der neuen Kurse: April.
Näheres durch Prospekt gegen Porto. [5629

Herren- und Damenstoffe, Schneider-Zutaten, Weißwaren, Etamine usw. aus erstkl. Firmen.
Jerzy Blin, Poznań,
ulica Pawła 4, I.

Walzenriffeln wird billig und prompt ausgeführt.
F. Wiechert jun., Starogard (Pomorze).

Mein hochherrschaftliches in bester Lage **Danzigs** gelegenes **Zinshaus** beabsichtige geg. ein in Polen geleg. (mögl. Woj. Poznań **landwirtschaftliches Gut** zu vertauschen. In Frage kommen Objekte von 200—300 Hektar.
Gefl. Offerten erbitte nur von direkten Reflektanten unter **U. B. Z. 5841** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Güter, Rittergüter, Landwirtschaften, Wälder
usw. für entschlossene Käufer zu kaufen gesucht.
Hypothekengelder sucht ständig
Bank Wzajemnej Pomocy
Grodzisk (Grätz), ul. Bukowska 62.

Der Gemeinnützige Siedlungsverein, E. V.
in Deutsch-Filehne (Netzekreis) vergibt an siedlungslustige Geschäftsleute und Private zu günstigen Bedingungen [5659
billige Bauplätze
welche ca. 300 Meter von der Vollbahnstation Filehne-Nord (Ostbahn) gelegen sind. Auskunft erteilt der Vorsitzende. Direktor **HANS WAHL,** Schloß Filehne (Netzekreis, Deutschland).

Suche Gut (586
für mich zu kaufen oder zu pachten.
Kann herrschaftliche Wohnung in Deutschland zur Verfügung stellen. — Offerten erbeten unt. **Nr. 10 233** an **Annoncenbüro „PAR“, Poznań,** Fr. Ratajczaka 8.

Grundstück mit Schmiede und Kolonialwaren-Geschäft, 5½ Morgen groß, schöner Obst- und Gemüsegarten 15 Minuten vom Bahnhof Nowy Tomyśl, wegen Auswanderung zu verkaufen.
Max Jacob, Schmiedemeister, **Paproc,** Kreis Nowy Tomyśl. [6000

Fabrikbetrieb oder Engrosgeschäft
nur in vollem Betrieb zu kaufen gesucht. — Kann auch gewerbliche Räume nebst Wohnung in größerer Stadt Deutschlands austauschen. Offert. erb. unt. **Nr. 10 228** an **Annoncenbüro „PAR“, Poznań,** ul. Fr. Ratajczaka 8.

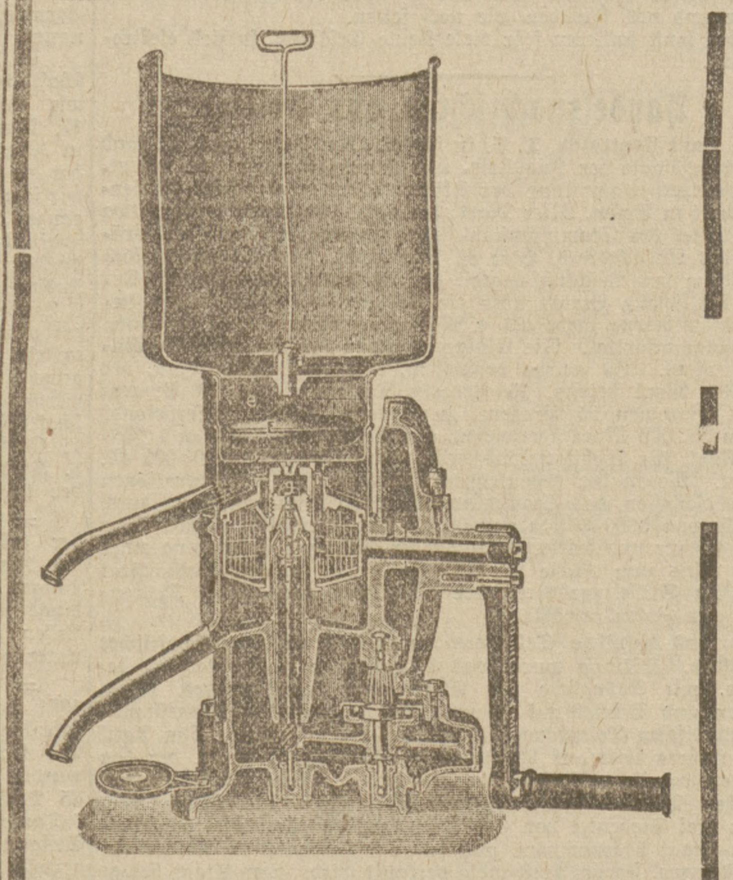
Achtung! Achtung!
Starke Dominium-Pferdegeschirre
aus bestem Chromleder, zirka 33 Pfund schwer, Preis 75 000.— Mark pro Paar. [5801
Rich. Korbe, Sattlerei und Gerberei, **Zbąszyń,**

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für das 2. Vierteljahr 1922
durch die Post zum Preise von M. 275.— monatlich zuzüglich Zustellgebühr.

Name .... Wohnort ....
.... Straße ....

Der große Erfolg der Zentrifuge



LANZ
Mannheim
auf der **Posener Messe!**

Die „LANZ“-Zentrifuge mit ihrer im **Kugellager** hängenden Spindel ist unverwüstlich, einfach und **bleibt** unübertroffen, beliebt und bevorzugt **in allen Teilen der Welt!**

Generalrepräsentanten in Polen:



Ing. H. Markowski i M. Groswert
Grosshandlung landw. Maschinen
Poznań ul. Sew. Mielżyńskiego 23.
Warschau Żabia 3.

ALBODONT

Zu Hause — auf Reisen
der Gesundheit wegen
soll man den Mund und die Zähne pflegen.
Drum darf ein jeder — infolgedessen
Zahnpasta **ALBODONT** nicht vergessen.

J. & S. STEMPNIEWICZ
Parfümerie und Seifenfabrik
POZNAŃ.

Kaufe stets jeden Posten
Transitware, Saat- und Speisekartoffeln sowie sämtliche **Landeserzeugnisse** zu höchsten Tagespreisen. Akkreditiv wird in jeder Höhe gestellt. Erbitte möglichst telegraphische Festofferten.
Erich Gaede, Stettin.
Fernsprechanschlüsse 38 u. 39. — Tel.-Adr.: Gaederich.

Oberschlesische Steinkohlen
in besten Qualitäten und allen Sortierungen hat dauernd in jedem Quantum waggonweise ab Grube zu Grubenpreisen abzugeben.
Rolnik in Kempen,
Zweigniederlassung
in Kattowitz.
Bestellungen nimmt die **Zentrale in Kempen** entgegen.
Die Beträge für Bestellungen sind an die Bank Przemysłowców, Oddział 27. Grudnia Poznań oder Polski Bank Handlowy in Kempen einzuzahlen. (2089 b

---

Größere Posten **Zementdachfalzsteine** Größe 25×40 hat abzugeben.
A. Schendel, Wieleń. 6135

Original-Futterrübensamen „Substantia“



Eine harte weiße Rübe, glänzend bewährt bei der Mast u. zur Trocknung. Seit 20 Jahren bestens eingeführt. Gute Ernteergebnisse, vorzügliche Haltbarkeit. **Einzige Originalzucht Polens.** 100 Pfund Mk. 14000,—. 10—15 à Mk. 160,—
Bleeker-Kohlsaat,
Wielka Słupia, Bez. Środa.

Kaufe jederzeit:
Lokomobilen und Dampfmaschinen,
Motore jeder Art,
Gatter und sonstige Maschinen für Holzbearbeitung,
Walzenstühle und jegliche Müllereimaschinen.
Nur genaue Offerten bitte zu richten an:
Ingenieur S. Thielmann, Gostyń (Posen).

Teerdachpappe, stark.
Steinkohlenteer, destill. deutsche Ware,
Klebemasse, deutsche Ware.
u. sämtl. Baumaterialien
liefert prompt und äußerst billig [5791
Willy Meisel, Opalenica.
Telephon 37.

Erstklassige
Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer
sowie auch **Einzelmöbel** liefert stets zu Fabrikpreisen.
Ausführung aller Bautischlerarbeiten.
R. Pfeiffer
Möbelfabrik **Gegründet 1873.** Bautischlerei.
Poznań, ul. Mickiewicza 9 (fr. Hohenzollernstr.)

Meine Fabrikate:
Starke Breitdreschmaschinen
mit Automobillagern, größte Leistung, leichtester Gang, reinster Drusch,
Kräftige Trommel-Häckselmaschinen [2085 b
in gediegener Ausführung, Messer aus bestem Stahl geschmiedet,
Getreidereinigungsmaschinen u. Windfegen
in hochvollendeter Ausführung,
kaufen Sie bei mir für billigste Preise.
Lager aller Maschinen u. Ackergeräte.
Reparaturen schnell und billig.
Maschinenfabrik und Eisengießerei
R. Mielke, Chodzież, früher Kolmar.